

Karsten Schmidt, Geldrecht

**Sonderausgabe der §§ 244–248 BGB
aus J. von Staudingers
Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch
mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen
12., neubearbeitete Auflage
ergänzt um eine Einleitung, ein Abkürzungsverzeichnis,
ein Paragraphen- und ein Sachregister**

Geldrecht

Geld, Zins und Währung im deutschen Recht

Kommentar

von

Dr. Karsten Schmidt

Professor an der Universität Hamburg

1983

J. Schweitzer Verlag KG Walter de Gruyter & Co., Berlin

Die Kommentierung der §§ 244–248 entspricht der Kommentierung der §§ 244–248 in **J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch** (12. Auflage). Die Sonderausgabe enthält zusätzlich eine Einleitung, ein Abkürzungsverzeichnis, ein Paragraphen- und ein Sachregister.

Zitierweise

KARSTEN SCHMIDT, Geldrecht Vorbem A 1 zu § 244

KARSTEN SCHMIDT, Geldrecht § 244 Rz 1

Stand der Bearbeitung

Oktober/Dezember 1982

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Schmidt, Karsten:

Geldrecht : Geld, Zins u. Währung im dt. Recht ; Kommentar / von Karsten Schmidt. – Sonderausg. d. §§ 244–248 BGB aus J. von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch mit Einführungsgesetz u. Nebengesetzen, 12., neubearb. Aufl., erg. um e. Einl., e. Abkürzungsverz., e. Paragraphen- u. e. Sachreg. – Berlin : Schweitzer de Gruyter, 1983.

ISBN 3-8059-0659-5

© 1983 by J. Schweitzer Verlag KG Walter de Gruyter & Co., Berlin. Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Photokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. – Printed in Germany.

Satz und Druck: Georg Wagner, Nördlingen. – Bindearbeiten: Lüderitz & Bauer, Buchgewerbe GmbH, Berlin. – Umschlaggestaltung: Bib Wies, München.

für Inga, Frauke und Hilke

Inhaltsübersicht

	Seite bzw Rz
Vorwort	IX
Abkürzungsverzeichnis	XI
Einleitung	XXIII
Vorbemerkungen zu § 244	1
A. Grundlagen	
I. Geld und Geldschuld als Rechtsbegriffe	Vorbem A 1
II. Währungsrechtliche Grundlagen des privaten Geldrechts	Vorbem A 27
B. Das Recht der Geldzeichen	
I. Entstehung und Untergang von Geldzeichen	Vorbem B 1
II. Das Geld im Sachenrecht	Vorbem B 9
III. Geldzeichen in Zwangsvollstreckung und Konkurs	Vorbem B 17
IV. Strafrechtlicher Schutz von Geldzeichen	Vorbem B 22
C. Das Recht der Geldschuld	
I. Grundlagen	Vorbem C 1
II. Allgemeine Regeln	Vorbem C 18
III. Erfüllung der Geldschuld	Vorbem C 36
IV. Die Geldschuld in Prozeß, Zwangsvollstreckung und Konkurs	Vorbem C 57
D. Geldschuld und Geldwert	
I. Einführung	Vorbem D 1
II. Geldwertschulden	Vorbem D 44
III. Geldentwertung und Anpassung bei Geldsummenschulden	Vorbem D 90
IV. Die Anpassung betrieblicher Ruhegelder	Vorbem D 141
V. Wertsicherungsvereinbarungen	Vorbem D 158
VI. Geldentwertung und Irrtumsanfechtung	Vorbem D 331
VII. Geldentwertung als Vermögensschaden	Vorbem D 333
VIII. Rechnungslegung, Steuerrecht und Geldentwertung	Vorbem D 340
E. Devisenrecht	
I. Grundlagen	Vorbem E 1
II. Das Devisenrecht des AWG	Vorbem E 5
III. Interzonenverkehr	Vorbem E 13
IV. Privatrechtliche Auswirkungen des Devisenrechts	Vorbem E 18
F. Internationales Geldrecht und Währungswesen	
I. Grundbegriffe der Außenwirtschaftstheorie	Vorbem F 2
II. Begriff des internationalen Währungsrechts	Vorbem F 10
III. Verhältnis des internationalen Währungsrechts zu anderen Gebieten des Geldrechts	Vorbem F 13

Inhalt

	Seite bzw Rz
IV. Der Internationale Währungsfonds	Vorbem F 19
V. Europäisches Währungsrecht	Vorbem F 35
Kommentierung § 244 (Fremdwährungsschulden)	320
I. Problemfeld und Normzweck	§ 244 Rz 1
II. Terminologie	§ 244 Rz 3
III. Rechtsnatur der Fremdwährungsschuld	§ 244 Rz 11
IV. Die Abgrenzungsfrage: Heimwährungsschuld, einfache Fremdwährungsschuld oder effektive Fremdwährungsschuld?	§ 244 Rz 13
V. Das Genehmigungserfordernis nach § 3 WährG	§ 244 Rz 40
VI. Die rechtliche Behandlung der Fremdwährungsschuld	§ 244 Rz 43
VII. Umwandlung in eine Heimwährungsschuld und Ersetzungsbefugnis	§ 244 Rz 61
VIII. Sonderregeln	§ 244 Rz 93
IX. Die Fremdwährungsschuld in Prozeß und Vollstreckung	§ 244 Rz 103
X. Sonderfragen	§ 244 Rz 118
Kommentierung § 245 (Geldsortenschulden)	374
I. Grundlagen	§ 245 Rz 1
II. Das materielle Recht der unechten Geldsortenschuld im allgemeinen	§ 245 Rz 6
III. Umwandlung in eine regelmäßige Geldschuld	§ 245 Rz 12
IV. Geldsortenschuld, Wertsicherung und Gattungsschuld	§ 245 Rz 19
V. Prozeß, Vollstreckung, Konkurs	§ 245 Rz 25
Kommentierung § 246 (Zins und Zinsschuld)	383
I. Bedeutung und Inhalt des Zinsbegriffs	§ 246 Rz 1
II. Das Recht der Zinsschuld	§ 246 Rz 33
III. Gesetzlicher Zins und gesetzlicher Zinssatz	§ 246 Rz 50
IV. Der Vertragszins	§ 246 Rz 59
V. Der Effektivzinssatz	§ 246 Rz 83
VI. Der wucherische Zins	§ 246 Rz 110
VII. Das Recht der Zinsrechnung	§ 246 Rz 150
VIII. Zinsen im öffentlichen Recht	§ 246 Rz 182
Kommentierung § 247 (Kündigungsrecht)	463
I. Geschichte, Funktion und Zweck	§ 247 Rz 1
II. Allgemeine Voraussetzungen des Kündigungsrechts	§ 247 Rz 9
III. Ausübung des Kündigungsrechts	§ 247 Rz 26
IV. Kein vertraglicher Ausschluß des Kündigungsrechts	§ 247 Rz 33
V. Die gesetzlichen Ausnahmen nach Abs 2	§ 247 Rz 38
VI. Einzelfragen	§ 247 Rz 61
Kommentierung § 248 (Zinseszinsverbot)	489
I. Grundlagen	§ 248 Rz 1
II. Voraussetzungen des Zinseszinsverbots	§ 248 Rz 8
III. Ausnahmen nach Abs 2	§ 248 Rz 26
IV. Ausnahmen nach § 355 HGB	§ 248 Rz 31
Paragrafenregister	505
Sachregister	519

Vorwort

Das Geld ist Erzeugnis und unverzichtbarer Bestandteil des Wirtschaftslebens. Wirtschaftspraxis und Rechtspraxis bedienen sich seiner im Alltagsgeschäft mit jener mühelosen Selbstverständlichkeit, die als Charakteristikum des Geldes als einer Institution des Verkehrslebens gelten kann. Die sich hinter diesem Handwerkszeug des Wirtschaftsalltags verbergenden hochkomplizierten Zusammenhänge und Fragen sind zuvörderst Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften, nicht der Rechtswissenschaft. Fragen der monetären Theorie gehören so lange nicht in den Rechtsstoff, wie sie sich nicht in Rechtsproblemen niederschlagen. Sobald sich aber monetäre Probleme zu Rechtsfragen verdichten, muß sich dies ändern, wie überhaupt die rechtlichen und ökonomischen Grundfragen des Geldes und der Geldschuld unmittelbares praktisches Interesse erlangen, wenn aus einem monetären Vorgang ein Rechtsfall wird.

Die vorliegende Untersuchung nimmt sich dieser Rechtsfragen an. Sie läßt sich auf das Wagnis ein, den sich aus ökonomischen und juristischen Vorgaben ergebenden Stoff systematisch zu ordnen, ihn kritisch darzustellen und dabei rechtsdogmatisch geschlossene und rechtspraktisch nützliche Problemlösungen vorzulegen. In wissenschaftlicher Hinsicht weiß sie sich einer Tradition monographischer Darstellungen verpflichtet. Gemeint sind vor allem die grundlegenden juristischen Arbeiten von FRIEDRICH CARL VON SAVIGNY (1851), LEVIN GOLDSCHMIDT (1868), MARTIN WOLFF (1917), ARTHUR NUSSBAUM (1925), ADALBERT SCHWANDER (1938) und F A MANN (1938, 4. Aufl 1982, deutsche Ausgabe 1960). Wegweisende Monographien über abgegrenzte Teilbereiche des Währungswesens (zB NEUMEYER [1930/1936], MELCHIOR [1932], HOFFMANN [1969]) und des Geldrechts (zB ECKSTEIN [1932], VON MAYDELL [1974] und ERTL [1980]) haben Daten für die Lehre vom Geldrecht gesetzt. Praktischen Rat auf Teilgebieten geben Darstellungen von Schwerpunktproblemen in Gestalt von Handbüchern (zB FÖGEN [1969], DÜRKES [1. Aufl 1953, 9. Aufl 1982]). Mit der vorliegenden Studie wurde versucht, eine bisher fehlende aktuelle Gesamtdarstellung des Geldrechts vorzulegen.

Der Band ist das Ergebnis einer 1977 übernommenen und 1979 begonnenen Neubearbeitung der Geldrechtskommentierung in J VON STAUDINGERS Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch. Dem neu konzipierten Text konnte die aus der Feder von WILHELM WEBER stammende umfangreiche und reichhaltig belegte Voraufgabe nicht mehr als Basis dienen, so daß ein in allen Teilen neues Werk entstand. Zu einer Sonderausgabe neben dem STAUDINGER haben sich Verlag und Autor deshalb entschlossen, weil die geschlossene Neukommentierung des Geldrechts in ihrer Materialverarbeitung Züge einer Monographie und eines Handbuchs trägt. Das Werk soll vor allem auch denjenigen Benutzer in Praxis und Wirtschaftswissenschaft erreichen, der einen vielbändigen Kommentar zum BGB nicht benötigt. Die Verwendung wirtschaftswissenschaftlichen und ausländischen Schrifttums wurde bei der Schlußredaktion auf das dem Gegenstand der Darstellung zuträgliche Maß gebracht. Da der Text trotz der monographischen Materialverarbeitung von der spröden Darstellungstechnik eines Kommentars nicht unbeeinflußt bleiben konnte, wurde ihm in der Sonderausgabe zur besseren Einarbeitung eine Einleitung vorangestellt. Diese Einleitung gibt die Umriss der Darstellung des Stoffs auf knappem Raum im Zusammenhang wieder. Für die Erschließung bei der Arbeit am praktischen Fall erhielt die Ausgabe ein Paragrafenregister sowie ein detailliertes Sachregister.

Vorwort

Der Text stammt aus den Jahren 1979–1982. Er ging in einer teils 1981, teils im Juli 1982 abgeschlossenen Fassung in den Druck, jedoch konnte im Zuge der Fahrenkorrektur noch umfangreiches Material bis zum Herbst 1982 nachgetragen werden, darunter die Neubearbeitungen des Standardwerks über Wertsicherungsklauseln von DÜRKES und der international wegweisenden Untersuchung von F A MANN (The Legal Aspect of Money [4. Aufl 1982]). Für zeitraubende Korrektur- und Überprüfungs Hilfe bei der wiederholten Durchsicht des Textes danke ich Frau Margret Suckale, Frau Regina Wechsler, Herrn Dietmar Kubis, Herrn Conrad König und Herrn Wolf Schulz. Daß meine Manuskriptentwürfe nicht zum Chaos gerieten, verdanke ich der ordnenden Hand von Herrn Dr. Andreas Blaschczok (bis 1981) und Herrn Peter Kiel (ab 1981), die überdies mit förderlicher Kritik Textverbesserungen anregten. Herr Kiel ging mir bei der Erstellung der Sachregister zur Hand. Der Berufserfahrung und der Geduld von Herrn Dr. Blaschczok (jetzt Akademischer Rat an der Universität Passau) verdanke ich den Einstieg in die dem Rechtswissenschaftler fremden finanzmathematischen Grundlagen der Zinsrechnung. Kritische Praktiker haben die Ausführungen über das Außenwirtschaftsrecht, die Wertsicherung und die Zinsrechnung durchgesehen, wofür ich ihnen ebenso zu Dank verpflichtet bin wie Herrn Professor Dr. Dieter Medicus, der mir als Bandredaktor des STAUDINGER nach vollständiger Lektüre noch nützliche Anregungen gab. Meinen Sekretärinnen, Frau Rany Hedtke (bis 1981) und Frau Erika Wilhelm (ab 1981), danke ich für die geduldige und kundige Betreuung des unhandlichen und zuweilen unübersichtlichen Manuskripts. Zu danken habe ich schließlich dem Verlag: für vorbildliche Zusammenarbeit, für die verständnisvolle Hinnahme der Satzkorrekturen, vor allem aber für jahrelanges Warten auf druckreife Ergebnisse. Daß diese Geduldsprobe ihren Grund in der Materie hatte, mag ihm das Vorwort beweisen, das KARL NEUMEYER im Jahre 1930 dem Band III/2 seines im gleichen Haus erschienenen Werks über das »Internationale Verwaltungsrecht« vorangestellt hat: »Als ich . . . eine Frist von zwei Jahren in Aussicht nahm, glaubte ich reichlich gerechnet zu haben. Das Kapitel Währung hat die schwärzesten Erwartungen hinter sich gelassen: aus den zwei Jahren sind beinahe fünf geworden«.

Hamburg, im Dezember 1982

KARSTEN SCHMIDT

Abkürzungsverzeichnis*

A	
aA	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Ort
ABl	Amtsblatt
abl'	ablehnend
ABl Am Mil Reg	Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Amerikanisches Kontrollgebiet
Abl Br Mil Reg	Amtsblatt der Militärregierung Deutschland. Britisches Kontrollgebiet
Abs	Absatz
AbzG	Gesetz betreffend die Abzahlungsgeschäfte (Abzahlungsgesetz)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch von 1861
ADSp	Allgemeine Deutsche Spediteurbedingungen
aE	am Ende
ÄndG	Änderungsgesetz
ÄndVO	Änderungsverordnung
aF	alte Fassung
AG	Amtsgericht; Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGBG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
AKB	Allgemeine Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung
AK BGB-Bearb.	Reihe Alternativkommentare, Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, Bd. 2 Allgemeines Schuldrecht, 1980
AktG	Aktiengesetz
allg	allgemein
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794
Alt	Alternative
aM	anderer Meinung
amtl	amtlich
AnfG	Gesetz betreffend die Anfechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens
Anh	Anhang
Anm	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt, Nachrichten für die Mitglieder des Deutschen Anwaltvereins
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AP	Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts – Arbeitsrechtliche Praxis –
ArbG	Arbeitsgericht
ArbR-Blattei	Arbeitsrecht-Blattei; Loseblatt-Handbuch systematischer Darstellungen, Entscheidungen, Gesetzestexte und Kurzberichte
ArchBürgR	Archiv für Bürgerliches Recht
arg	argumentum

* Das Verzeichnis enthält die durchgehend verwendeten Abkürzungen der Fachsprache sowie die durchgehend abgekürzt angeführte Literatur.

Abkürzungsverzeichnis

ARS	Arbeitsrechtssammlung (Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts und des Reichsehrengerichtshofes, der Landesarbeitsgerichte, Arbeitsgerichte und Ehrengerichte)
Art	Artikel
Artt	Artikel (Plural)
Aufl	Auflage
AufwertungsG	Gesetz über die Aufwertung von Hypotheken und anderen Ansprüchen (Aufwertungsgesetz)
Ausg	Ausgabe
AVG	Angestelltenversicherungsgesetz
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebs-Beraters
AWG	Außenwirtschaftsgesetz
AWVO	Verordnung zur Durchführung des Außenwirtschaftsgesetzes (Außenwirtschaftsverordnung)
B	
B	Beiblatt; Beiheft
BAföG	Bundesgesetz über individuelle Förderung der Ausbildung (Bundesausbildungsförderungsgesetz – BAföG)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BankArch	Bankarchiv, Zeitschrift für Bank- und Börsenwesen
BAnz	Bundesanzeiger
bayer	bayerisch
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGZ	Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivilsachen (Neue Folge)
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayZ	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern
BB	Betriebs-Berater
BBankG	Gesetz über die Deutsche Bundesbank
BBesG	Bundesbesoldungsgesetz
BBG	Bundesbeamtengesetz
Bd	Band
BdL	Bank deutscher Länder
Bearb	Bearbeiter
BEG	Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (Bundesentschädigungsgesetz)
Begr	Begründung
Beih	Beiheft
Bek	Bekanntmachung
Beil	Beilage
Berner Komm	Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht
bes	besonders
Beschl	Beschluß
betr	betreffend
BetrAV	Betriebliche Altersversorgung
BetrAVG	Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung (Betriebsrentengesetz)
Betrieb	Der Betrieb
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Sammlung der Entscheidungen des Bundesfinanzhofs
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGBI NddBd	Gesetzesblatt des Norddeutschen Bundes
BGB-RGRK-Bearb	Das Bürgerliche Gesetzbuch mit besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs, Kommentar herausgegeben von Mitgliedern des Bundesgerichtshofes, 12. Aufl ab 1974

Abkürzungsverzeichnis

BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BHO	Bundeshaushaltsordnung
BK-Bearb	Bonner Kommentar zum Grundgesetz
BIGBW	Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht
Blomeyer, Allg SchuldR	Allgemeines Schuldrecht, 4. Aufl 1969
BM	Bundesminister, Bundesministerium
BMF	Bundesminister der Finanzen
BMWi	Bundesminister für Wirtschaft
BR	Bundesrat
BR-Drucks	Bundesrat, Drucksachen
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte
BRRG	Rahmengesetz zur Vereinheitlichung des Beamtenrechts (Beamtenrechtsrahmengesetz – BRRG)
BSG	Bundessozialgericht
BSGE	Entscheidungen des Bundessozialgerichts
BStBl	Bundessteuerblatt
BT	Bundestag
BT-Drucks	Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Drucksachen
Buchst	Buchstabe
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BWNotZ	Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg

C

CMLRev	Common Market Law Review
--------	--------------------------

D

dagg	dagegen
DAR	Deutsches Autorecht
DAVorm	Der Amtsvormund
DBB	Deutsche Bundesbank
DBG	Deutsches Beamtengesetz
Denkschr	Denkschrift
dens	denselben
ders	derselbe
DGVZ	Deutsche Gerichtsvollzieher-Zeitung
DGWR	Deutsches Gemein- und Wirtschaftsrecht
DGZ	Deutsche Girozentrale
dh	das heißt
Die AG	Die Aktiengesellschaft, Zeitschrift für das gesamte Aktienwesen
dies	dieselbe(n)
Diss	Dissertation
DJ	Deutsche Justiz
DJT	Deutscher Juristentag
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
DM	Deutsche Mark
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DR	Deutsches Recht
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Drucks	Drucksache
DRZ	Deutsche Rechtszeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht

Abkürzungsverzeichnis

Dt, dt	Deutsch, deutsch
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt
DVO	Durchführungsverordnung
E	
E	Entwurf
E I; II	Entwürfe zum BGB
ebd	ebenda
ECU	European Currency Unit (Europäische Währungseinheit)
ed	edition
EG	Einführungsgesetz; Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Ehrenbergs Hdb	Handbuch des gesamten Handelsrechts, herausgegeben von Victor Ehrenberg, ab 1913
Einl	
Einl	Einleitung
einschr	einschränkend
EKG	Einheitliches Gesetz über den internationalen Kauf beweglicher Sachen
EmissG	
EmissG	Emissionsgesetz
Enneccerus-Lehmann	Recht der Schuldverhältnisse, 15. Bearb 1958
Enneccerus-Nipperdey	Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 1. Halbbd, 15. Aufl 1959; 2. Halbbd, 15. Aufl 1960
Entsch	
Entsch	Entscheidung
Entw	Entwurf
ErbbauVO	Verordnung über das Erbbaurecht
Erg	
Erg	Ergänzung
Erman-Bearb	Handkommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch Bd 1 und 2, 7. Aufl 1981
Erl	
Erl	Erlaß, Erläuterung
Esser-Eike Schmidt I/1	Schuldrecht Allgemeiner Teil, Teilband 1, 5. Aufl 1976
Esser-Eike Schmidt I/2	Schuldrecht Allgemeiner Teil, Teilband 2, 5. Aufl 1977
EStG	
EStG	Einkommensteuergesetz
ESVGH	
ESVGH	Entscheidungssammlung des Hessischen und des Württembergisch-Badischen Verwaltungsgerichtshofes
EuR	
EuR	Europarecht
EuTR	
EuTR	Europäisches Transportrecht
EVO	
EVO	Eisenbahnverkehrsordnung
EWG	
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. 3. 1957 (BGBl II 766)
EWS	
EWS	Europäisches Währungssystem
EZU	
EZU	Europäische Zahlungsunion
F	
f	folgende (r); für
FamRZ	
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
ff	
ff	folgende (Plural)
Fikentscher	
Fikentscher	Schuldrecht, 6. Aufl 1976
FinG	
FinG	Finanzgericht
FLF	
FLF	Finanzierung, Leasing, Factoring
Flume, Rechtsgeschäft	
Flume, Rechtsgeschäft	Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, 2. Bd: Das Rechtsgeschäft, 3. Aufl 1979
Fn	
Fn	Fußnote
Fögen	
Fögen	Geld- und Währungsrecht, 1969
franz	
franz	französisch
FS	
FS	Festschrift
G	
G	Gesetz
GBI	
GBI	Gesetzblatt

Abkürzungsverzeichnis

GBO	Grundbuchordnung
GedSchr	Gedächtnisschrift
gem	gemäß
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
Goldschmidt Hdb I/2	Handbuch des Handelsrechts I/2, 1868
GewArch	Gewerbearchiv
GG	Grundgesetz
ggf	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbH-Rdsch	GmbH-Rundschau mit Sonderfragen der GmbH & Co
Großkomm AktG	Aktiengesetz, Großkommentar, 3. Aufl ab 1970
Großkomm HGB	Handelsgesetzbuch, Großkommentar, 3. Aufl ab 1967
Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, begründet von Gruchot
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
GS	Der Gerichtssaal
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
H	
H	Hauptblatt; Heft
HaftPflG	Haftpflichtgesetz
HansGZ	Hanseatische Gerichtszeitung
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift
HansRZ	Hanseatische Rechtszeitschrift für Handel, Schifffahrt und Versicherung, Kolonial- und Auslandsbeziehungen sowie für Hansestädtisches Recht
Hdb	Handbuch
HdSW	Handwörterbuch der Staatswissenschaften (Neuaufgabe unter dem Titel Handwörterbuch der Sozialwissenschaften)
Heck, Schuldrecht	Grundriß des Schuldrechts, 1929
Helfferich	Das Geld, 6. Aufl 1928
HGB	Handelsgesetzbuch
HintO	Hinterlegungsordnung
hM	herrschende Meinung
HöfeO	Höfeordnung
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung
Hrsg	Herausgeber
HS	Halbsatz
HypBkG	Hypothekenbankgesetz
I	
idF	in der Fassung
idR	in der Regel
ieS	im engeren Sinne
IherJb	Iherings Jahrbücher für die Dogmatik des bürgerlichen Rechts
insbes	insbesondere
int	international
InterzonenhandelsVO	Verordnung über den Warenverkehr mit den Währungsgebieten der Deutschen Mark und der Deutschen Notenbank (DM-Ost)
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts

Abkürzungsverzeichnis

IPRspr	Makarov-Gamillscheg-Müller-Kropholler, Die deutsche Rechtsprechung auf dem Gebiet des internationalen Privatrechts im Sinne
iS	im Sinne
Issing, Geldpolitik	Einführung in die Geldpolitik, 1981
Issing, Geldtheorie	Einführung in die Geldtheorie, 4. Aufl 1981
iVm	in Verbindung mit
IWF	Internationaler Währungsfonds
iwS	im weiteren Sinne
IzRspr	Drobnig, Sammlung der deutschen Entscheidungen zum internationalen Privatrecht
J	
Jahrb	Jahrbuch
Jauernig-Bearb	Jauernig (Hrsg), Bürgerliches Gesetzbuch, 2. Aufl 1981
JbIntR	Jahrbuch für internationales Recht
JFG	Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts
JMBI	Justizministerialblatt
JMBINRW	Justizministerialblatt Nordrhein-Westfalen
JO	Journal Officiel de la République Française
JR	Juristische Rundschau
Jura	Juristische Ausbildung
JurA	Juristische Analysen
JurBl	Juristische Blätter
JurBüro	Das juristische Büro
JurJb	Juristen-Jahrbuch
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JWTL	Journal of World Trade Law
JZ	Juristenzeitung
K	
Kap	Kapitel
KG	Kammergericht; Kommanditgesellschaft
KGBl	Blätter für Rechtspflege im Bezirk des Kammergerichts in Sachen der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen
KGJ	Jahrbuch für Entscheidungen des Kammergerichts
KJ	Kritische Jusitz
Knies	Das Geld, 1873
KO	Konkursordnung
KölnKomm	Kölner Kommentar zum Aktiengesetz, ab 1970
Komm	Kommentar
KostO	Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Kostenordnung)
Kress, SchuldR I	Lehrbuch des Allgemeinen Schuldrechts, 1929
krit	kritisch
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KSt	Körperschaftsteuer
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KStDVO	Körperschaftsteuer-Durchführungsverordnung
KTS	Zeitschrift für Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtsweisen
KWG	Gesetz über das Kreditwesen
L	
LAG	Landesarbeitsgericht
Larenz AT	Allgemeiner Teil des deutschen Bürgerlichen Rechts, 5. Aufl 1980

Abkürzungsverzeichnis

Larenz I, II	Lehrbuch des Schuldrechts, Bd I, 13. Aufl 1982; Bd II, 12. Aufl 1981
Lehrb	Lehrbuch
Leonhard, SchR	Das Schuldrecht des BGB, Bd 1 1929; Bd 2 1931
Lfg	Lieferung
LftfzRG	Gesetz über Rechte an Luftfahrzeugen
LftVG	Luftverkehrsgesetz
LG	Landgericht
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
LPachtG	Gesetz über das landwirtschaftliche Pachtwesen (Landpachtgesetz)
Ls	Leitsatz
LSG	Landessozialgericht
Lütge	Einführung in die Lehre vom Gelde, 2. Aufl 1948
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
LZB	Landeszentralbank
M	
M	Meinung
m	mit
MaBVO	Verordnung über die Pflichten der Makler, Darlehens- und Anlagenvermittler, Bauträger und Baubetreuer (Makler- und Bauträgerverordnung)
F A Mann, Legal Aspect	The Legal Aspect of Money, 4. Aufl 1982
F A Mann, Recht des Geldes	Das Recht des Geldes – eine rechtsvergleichende Untersuchung auf der Grundlage des englischen Rechts, 1960
maW	mit anderen Worten
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
Medicus, Bürgerliches Recht	Bürgerliches Recht, 10. Aufl 1981
Medicus, SchuldR I	Schuldrecht I, Allgemeiner Teil, 1981
MHRG	Gesetz zur Regelung der Miethöhe
mitget	mitgeteilt
Mitt	Mitteilungen
MOG	Gesetz zur Durchführung der gemeinsamen Marktorganisation
Mot	Motive zum Bürgerlichen Gesetzbuch
MR	Militärregierung (zitiert in Verbindung mit der jeweiligen rechtstechnischen Qualifikation der Willensäußerung)
MRG	Militärregierungsgesetz
MünchKomm-Bearb	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, ab 1978
MünzG	Gesetz über die Ausprägung von Scheidemünzen
Mugdan	Die gesammten Materialien zum Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich Bd 1–5, 1899
mwN	mit weiteren Nachweisen
N	
Nachw	Nachweis(e)
NddBd	Norddeutscher Bund
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege
NF	Neue Folge
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
Nussbaum, Das Geld	Das Geld in der Theorie und Praxis des deutschen und internationalen Rechts, 1925
NWB	Neue Wirtschaftsbriefe

Abkürzungsverzeichnis

O	
ÖPG	Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlichrechtlicher Kreditanstalten
Oertmann	Bürgerliches Gesetzbuch, Recht der Schuldverhältnisse, 5. Aufl 1928
OGHZ	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Zivilsachen
oHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
OLGE	Sammlung der Rechtsprechung der Oberlandesgerichte
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
OLSchVO	Verordnung über Orderlagerscheine
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
OVG	Oberverwaltungsgericht
OVGE	Entscheidungen der Oberverwaltungsgerichte für das Land Nordrhein-Westfalen in Münster sowie für die Länder Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Lüneburg mit Entscheidungen des Verfassungsgerichtshofes Nordrhein-Westfalen und des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
P	
Palandt-Bearb	Bürgerliches Gesetzbuch, 41. Aufl 1982
PfandIVO	Verordnung über den Geschäftsbetrieb der gewerblichen Pfandleiher
Pfg	Pfennig
Planck-Bearb	Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz, 4. Aufl ab 1913, 5. Aufl (unvollständig) ab 1933
pM	pro Monat
Pr	Preußen; preußisch
PreisangabenVO	Verordnung über Preisangaben
Prot	Protokolle der Kommission für die II. Lesung des Entwurfs des BGB
R	
RabelsZ	Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht, begründet von Rabel
RAG	Reichsarbeitsgericht
rd	rund
RdA	Recht der Arbeit
RdL	Recht der Landwirtschaft
Recht	Das Recht
RegE	Regierungsentwurf
RFH	Reichsfinanzhof
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RheinZ	Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozeßrecht des In- und Auslandes
RIW/AWD	Recht der internationalen Wirtschaft, Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters
RJA	Reichsjustizam; Entscheidungssammlung in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts
RM	Reichsmark
ROHGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsoberhandelsgerichts
ROW	Recht in Ost und West
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger

Abkürzungsverzeichnis

Rspr	Rechtsprechung
RStBl	Reichssteuerblatt
RT	Reichstag
RVO	Reichsversicherungsordnung
Rz	Randziffer
RzW	Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht
S	
S	Satz; Seite
s	siehe
sa	siehe auch
SaBl	Sammelblatt für Rechtsvorschriften des Bundes und der Länder
Sächs	
SächsArch	Sächsisches Archiv für Bürgerliches Recht und Prozeß; ab 1906: Sächsisches Archiv für Rechtspflege; ab 1924: Archiv für Rechtspflege in Sachsen, Thüringen und Anhalt
Savigny, Obligationenrecht I	Obligationenrecht I, 1851
ScheckG	Scheckgesetz
SchiffsbankG	Gesetz über Schiffspfandbriefbanken (Schiffsbankgesetz)
SchiffsRegO	Schiffsregisterordnung
SchiffsRG	Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken (Schiffsrechtegesetz)
SchlHanz	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SchRegG	Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse (Schuldenregelungsgesetz)
SchwJbIntR	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht
SchwJZ	Schweizerische Juristenzeitung
SeuffA	Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den deutschen Staaten
SeuffBl	Seufferts Blätter für Rechtsanwendung
SGB	Sozialgesetzbuch
Siber	Schuldrecht (Grundriß), 1931
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung
SMAD	Sowjetische Militäradministration
Soergel-Bearb	Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 10. Aufl ab 1967, 11. Aufl ab 1978
SoergRspr	Soergels Rechtsprechung zum BGB, EGzBGB, CPO, KO, GBO und RFG
sog	sogenannt
SozR	Sozialrecht. Rechtsprechung und Schrifttum, bearbeitet von den Richtern des Bundessozialgerichts
Sp	
Spark	Sparkasse (Sparkassen-Mitteilungen)
StabG	Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft
Staudinger-Bearb	J von Staudingers Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch nebst Einführungsgesetz und Nebengesetzen
std	ständig
StenBer	Stenographische Berichte
StGB	Strafgesetzbuch
str	streitig
StuW	Steuer und Wirtschaft
StVG	Straßenverkehrsgesetz
SZRA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Romanistische Abteilung
T	
transpR	Transportrecht
Tsd	Tausend

Abkürzungsverzeichnis

TVG	Tarifvertragsgesetz
TZW	Die Teilzahlungswirtschaft
 U	
ua	und andere; unter anderem
uam	und andere(s) mehr
übereinst	übereinstimmend
UmstG	Drittes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz)
unstr	unstreitig
unv	unverändert
UrhG	Gesetz über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
Urt	Urteil
USt	Umsatzsteuer
UStDV	Umsatzsteuer-Durchführungsverordnung
UStG	Umsatzsteuergesetz
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
 V	
v	vom; von
VAG	Gesetz über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen (Versicherungsaufsichtsgesetz)
Veit	Reale Theorie des Geldes, 1966
VerBAV	Veröffentlichungen des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungs- und Bausparwesen
Verf	Verfasser
VerglO	Vergleichsordnung
Verh	Verhandlung(en)
VerkRdsch	Verkehrsrechtliche Rundschau
VersPrax	Die Versicherungspraxis
VersR	Versicherungsrecht. Juristische Rundschau für die Individualversicherung
VersW	Versicherungswirtschaft
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VerwRspr	Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland. Sammlung obersterichterlicher Entscheidungen aus dem Verfassungs- und Verwaltungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl	vergleiche
VO	Verordnung
VOB	Verdingungsordnung für Bauleistungen
VOBl	Verordnungsblatt
Vorbem	Vorbemerkung
von Maydell, Geldschuld	Geldschuld und Geldwert. Die Bedeutung von Änderungen des Geldwertes für die Geldschulden, 1974
von Tuhr	Der Allgemeine Teil des Deutschen Bürgerlichen Rechts, Bd I 1910; Bd II/1 1914; Bd II/2 1918
VVDStRL	Veröffentlichungen des Verbandes Deutscher Staatsrechtslehrer
VVG	Gesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz)
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwRspr	Verwaltungsrechtsprechung in Deutschland
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
 W	
WährG	Erstes Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens

Abkürzungsverzeichnis

WaffG	Waffengesetz
WarnR	Warneyer, Die Rechtsprechung des Reichsgerichts in Zivilsachen
WeltwirtschaftsA	Weltwirtschaftliches Archiv. Zeitschrift des Instituts für Weltwirtschaft Kiel
WG	Wechselgesetz
Windscheid-Kipp	Lehrbuch des Pandektenrechts, 9. Aufl 1906
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
wistra	Zeitschrift für Wirtschaft Steuer Strafrecht
WISU	Das Wirtschaftsstudium. Zeitschrift für Ausbildung, Examen und Kontaktstudium
WKSchG	Gesetz über den Kündigungsschutz für Mietverhältnisse über Wohnraum
WM	Wertpapiermitteilungen
Wolf, Allgemeiner Teil	Allgemeiner Teil des Bürgerlichen Rechts, Lehrbuch, 3. Aufl 1982
Wolf, Schuldrecht I	Lehrbuch des Schuldrechts Bd 1, 1978
Martin Wolff, in: Ehrenbergs Hdb IV/1	Das Geld, in: Ehrenbergs Hdb IV/1, 1917
Wolff-Raiser	Sachenrecht. Ein Lehrbuch, 10. Aufl 1957
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
WSchZinsG	Gesetz über die Wechsel- und Scheckzinsen
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb
WuW/E	WuW-Entscheidungssammlung zum Kartellrecht
 Z	
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZfKrW	Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen
ZfSchweizR	Zeitschrift für schweizerisches Recht
ZfVers	Zeitschrift für Versicherungswesen
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
Ziff	Ziffer
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
ZMR	Zeitschrift für Miet- und Raumrecht
ZOstR	Zeitschrift für Ostrecht
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZS	Zivilsenat
ZStrW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
zT	zum Teil
zugl	zugleich
zust	zustimmend
zutr	zutreffend
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (Zwangsversteigerungsgesetz)
ZVglRW	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
zw	zweifelhaft
zZ	zur Zeit
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Einleitung

I. Zum Gegenstand dieses Buchs

1. Geldrecht als rechtswissenschaftliche Materie

Das *Recht des Geldes* ist der Inbegriff derjenigen Rechtsnormen und Rechtsgrundsätze, die sich mit dem Geld als Institution, mit den Geldzeichen und mit der Geldschuld befassen. Diese Materie erschließt sich nur unter Schwierigkeiten einer geschlossenen Darstellung, weil sie als abgegrenzter Rechtsstoff nicht existiert. Weder die aus der Rechtsdogmatik (zB Rechtsgeschäftslehre, Schuldrecht, Sachenrecht) noch die aus der Anschauung des Rechtslebens erwachsenen juristischen Materien (zB Bankrecht, Außenwirtschaftsrecht, Kreditsicherungsrecht) weisen dem Geldrecht einen bestimmten Platz in der Rechtsordnung zu, und noch weniger gilt dies für die tradierten Rechtsdisziplinen (Staatsrecht, Völkerrecht, Verwaltungsrecht, Strafrecht, Privatrecht). Nicht nur die Abgrenzung des einzubeziehenden Stoffes, auch die Aufbereitung und Bewältigung des Materials setzt deshalb Arbeiten auf ganz und gar unterschiedlichen juristischen Feldern voraus. Diese Schwierigkeit enthebt aber die Rechtswissenschaft nicht der Aufgabe, den komplexen Bereich zu erschließen und, soweit möglich, ein geschlossenes System des Geldrechts für den praktischen und wissenschaftlichen Gebrauch vorzulegen.

2. Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaften: Das Geldrecht als Gegenstand interdisziplinärer Wissenschaft

Die Lehre vom Geld ist traditionellerweise in erster Linie *Gegenstand wirtschaftswissenschaftlicher Forschung*. Die vorliegende Untersuchung will hieran nichts ändern. Sie zielt auch nicht auf die Gewinnung neuer ökonomischer Erkenntnisse. Es wird aber der Versuch gemacht, solche Erkenntnisse nach Kräften für das Recht des Geldes nutzbar zu machen, und dies zwingt zur Einbeziehung ökonomischer Befunde, nicht selten auch zu eigenen Stellungnahmen in monetären Fragen der Wirtschaftswissenschaft (zB Vorbem A 1, A 8, A 29, A 46, D 1 ff, D 42, D 194 f, D 340 ff, F 2 ff, F 35 ff, § 246 Rz 157 ff). Die spezifisch rechtliche Analyse steht auf der anderen Seite einer unveränderten Übernahme als ökonomisch richtig erkannter Aussagen nicht selten im Wege. Wirtschaftswissenschaftliche Erkenntnis wurde nicht um ihrer selbst willen in den Text einbezogen, sondern nur mit dem Ziel der Gewinnung rechtlicher Aussagen. Damit stellt die Untersuchung den notwendig interdisziplinären Ansatz der Lehre vom Geldrecht nicht prinzipiell in Frage, wohl aber weist sie diesem Ansatz den ihm in der Lehre vom Geldrecht zukommenden Platz zu (zB Vorbem A 1, D 3, D 22, D 157 ff). Aus diesem Grunde wurde die Darstellung ökonomischer Vorarbeiten auf diejenigen Gesichtspunkte beschränkt, die für das Recht des Geldes von klärender oder erklärender Bedeutung sind. Bloße Reproduktionen wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnis, die sich im vorliegenden Text nur als Exkurse niedergeschlagen hätten, wurden dagegen beseitigt.

3. Zum Stellenwert der Rechtsdisziplinen im Geldrecht: Das Geldrecht als Gegenstand interdisziplinärer Jurisprudenz

Die Lehre vom Geldrecht schlägt nicht nur eine Brücke von der Rechtswissenschaft zu den Nachbarwissenschaften, sondern sie offenbart auch *Zusammenhänge unter den Einzeldisziplinen der Jurisprudenz*. Geht man von der tradierten Einteilung der Rechtsdisziplinen (Staatsrecht, Völkerrecht, Verwaltungsrecht, Strafrecht, Privatrecht) aus, so entzieht sich das Recht des Geldes aus den bereits unter I 1 angedeuteten Gründen einer klaren Zuordnung. Fest steht jedoch, daß diese Rechtsdisziplinen im Konzept einer Lehre vom Geldrecht einen je unterschiedlichen Stellenwert haben müssen. Das Staats- und mit Einschränkungen auch das Völkerrecht geben den rechtlichen Rahmen für das Geld- und Währungswesen vor, so daß vor allem die staatsrechtlichen Fragen als dem Privatrecht vor- und übergeordnet angesehen werden dürfen. Was dagegen die Akzentsetzung innerhalb des Geldrechts anlangt, so gebieten praktische ebenso wie rechtswissenschaftliche Erwägungen, daß die Verkehrsbedeutung des Geldes im Wirtschaftsleben in den Mittelpunkt gestellt wird.

Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist damit in erster Linie das *Privatrecht des Geldes und der Geldschuld*. Öffentlichrechtliche Probleme einschließlich der strafrechtlichen werden in erster Linie als Vorgaben und Legitimationsprobleme des Geldrechts oder als Konsequenzen privatrechtlicher Betrachtung einbezogen. Die Arbeit ist damit auf der einen Seite auf Privatrechtsprobleme zugeschnitten, sie kann sich jedoch nicht auf diesen Sektor beschränken. Die Bezüge und Verschränkungen unter den Rechtsdisziplinen schließen einen solchen Privatrechtsmonismus aus. Dies gilt in erster Linie und besonders ausgeprägt für den Sektor des öffentlichen Rechts. Das Recht des Geldes ist zu einem wesentlichen Teil öffentliches Recht (Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Völkerrecht).

Die *verfassungsrechtlichen Bezüge des Geldrechts* beginnen bei der staatlichen Währungshoheit (Vorbem A 3) und bei dem untrennbaren Zusammenhang zwischen Währungsrecht, Währungspolitik und Privatrecht (Vorbem A 28, A 48). Das Prinzip des Nominalismus als Grundgedanke des privaten Geldrechts (Vorbem D 20 ff) trägt seine Rechtfertigung und Verwirklichung nicht in sich, sondern es bedarf der Legitimation durch rechtsgebundene Währungspolitik (Vorbem A 28). Bei Vorbem A 48 ist geradezu von einer Reaktionsverbundenheit von Währungsrecht und Schuldrecht die Rede: Sobald dem schuldrechtlichen Nominalismus die Legitimationsgrundlage entzogen ist, reagiert das Schuldrecht des Geldes mit Aufwertungsfolgen. Auch die Verfassungsprobleme, die sich zB im Steuerrecht aus dem Inflationsphänomen ergeben (Vorbem D 349 ff), sind Spiegelbild dieser Reaktionsverbundenheit von Privatrecht, Geldwert und Verfassung.

Nicht in jeder Hinsicht hat das öffentliche Recht die soeben geschilderte übergeordnete und überlagernde Funktion gegenüber dem Privatrecht des Geldes. In anderen Zusammenhängen geht es ganz im Gegenteil um die *Ausstrahlungen des privaten Geldrechts in das öffentliche Recht* (zB hinsichtlich der Zinsen § 246 Rz 182 ff, § 247 Rz 62, § 248 Rz 6), oder es werden *öffentlichrechtliche Verfahren in den Dienst des privaten Geldrechts* gestellt (so etwa hinsichtlich der Genehmigung von Wertsicherungsklauseln oder im Außenwirtschaftsrecht, Vorbem D 305 ff, E 1 ff). In diesem letzten Fall stellt sich dann wieder die spezifisch privatrechtliche Anschlußfrage nach den Rechtswirkungen fehlender oder erteilter Erlaubnisse auf private Verträge (Vorbem D 317 ff, E 18 ff).

In *strafrechtlicher Hinsicht* muß zwischen dem strafrechtlichen Schutz der Währung (Vorbem A 58 ff) und dem strafrechtlichen Schutz des Geldes, dh vor allem dem Eigentums- und Vermögensschutz (Vorbem B 22 ff) unterschieden werden. Im

Einleitung

strafrechtlichen Eigentumsschutz schlägt sich die Problematik des Geldes in der Eigentumsordnung nieder („Das Geld im Sachenrecht“), und sie schlägt sich dort nur nieder, weil und soweit der strafrechtliche Eigentumsschutz dem Prinzip der Zivilrechtsakzessorietät unterliegt (dazu Vorbem B 24). Auch ohne ausführliche Behandlung weist damit die strafrechtliche Seite des Geldrechts in strafrechtliche Grundlagenprobleme hinein. Weniger deutlich scheint dies bei dem strafrechtlichen Wuchertatbestand des § 302 a StGB (§ 246 Rz 141 ff), der aus Gründen des Sachzusammenhangs Bestandteil der Kommentierung sein muß. Dieser im Jahr 1976 neu gefaßte Tatbestand steht im Zusammenhang mit dem Konzept des Kreditnehmerschutzes, das vor allem im Recht der Zinsschuld (§§ 246–248) wiederholt anzusprechen ist.

Fragen des Zivilprozessrechts und der Zwangsvollstreckung treten notwendigerweise vor allem – jedoch nicht ausschließlich – im Zusammenhang mit dem Recht der Geldschuld auf (vgl. vor allem Vorbem C 57 ff und D 83 f; zur Fremdwährungsschuld § 244 Rz 103 ff; zur Geldsortenschuld § 245 Rz 25 ff; zur Zinsschuld § 246 Rz 47). Es werden jedoch auch Vollstreckungsprobleme beim Zugriff auf Geldzeichen sowie auf sog Buchgeld besprochen (Vorbem B 17 ff). Wiederholt muß ferner auf konkursrechtliche Fragen des Geldrechts eingegangen werden (Vorbem B 21, C 72, D 85, § 244 Rz 117, § 245 Rz 29).

II. Geld und Währung im Recht

1. Was ist Geld?

Geld ist zum einen eine Erscheinung des Wirtschaftslebens, zum anderen bestimmt es den Gegenstand des Geldrechts und die Handhabung geldrechtlicher Normen. Dies macht eine *Begriffsbestimmung* erforderlich, die auf die rechtliche Bedeutung des Geldbegriffs zugeschnitten ist, aber auf den Befunden des Verkehrslebens fußt. Der für das Geldrecht maßgebende Geldbegriff muß deshalb teils aus der Phänomenologie des Geldes, teils aus den Geldfunktionen hergeleitet werden (Vorbem A 1 ff, A 7 ff). Die *Geldfunktionen* lassen sich einteilen in die abstrakte Funktion als Wertmesser und die konkreten Fähigkeiten des Geldes, als Werttransportmittel und als Wertaufbewahrungsmittel zu dienen (Vorbem A 8). Die *Phänomenologie des Geldes* steht bereits unabhängig von der spezifisch juristischen Aufgabe, einen rechtlich maßgebenden Geldbegriff zu entwickeln, in engem Zusammenhang mit den Geldfunktionen, denn es kann bei ihr nur um die Frage gehen, mit welchen Mitteln im Rechtsverkehr Geldfunktionen erfüllt werden. Insofern ist die Phänomenologie des Geldes durch einen historischen Prozeß der Entsubstantialisierung vom Warengeld über die Metallwährungen hin zum Papier- und schließlich zum Buchgeld gekennzeichnet (Vorbem A 5 ff). Heute besteht deshalb die terminologische Grundfrage darin, ob der Geldbegriff auf Geldzeichen beschränkt bleiben oder auf Buchgeld ausgedehnt werden soll (Vorbem A 18). Die naheliegende Forderung, der Geldbegriff solle jeden tatsächlichen Funktionswandel nachvollziehen, müßte zu dem Ergebnis führen, daß eine Unterscheidung zwischen Zeichengeld (Papiergeld und Münzen) auf der einen und Buchgeld auf der anderen Seite nicht mehr gerechtfertigt wäre. Aber eine solche egalisierende Forderung kollidiert mit der Notwendigkeit, Geldzeichen und Geldforderungen als *Rechtsbegriffe* auch da zu unterscheiden, wo Geldforderungen Geldfunktionen übernehmen. Der hier vertretene zweigliedrige Geldbegriff (Vorbem A 9 ff) versucht, beiden Postulaten zu entsprechen: Geld im Sinne des *gegenständlichen Geldbegriffs* (Vorbem A 12 ff) sind die Geldzeichen; daneben steht der *institutionelle Geldbegriff* (Vorbem A 14 ff), der die in Geldzeichen zu verkörpernde Werteinheit Geld beschreibt und alles umfaßt,

Einleitung

was unter währungsrechtlicher Legitimation Geldfunktionen ausfüllt. Dieser institutionelle Geldbegriff umfaßt damit zwar nicht jedes im Verkehr anerkannte Tauschmittel (zB nicht die sog Zigarettenwährung der Nachkriegszeit), wohl aber umfaßt er das sog Buchgeld.

2. Das Privatrecht des Geldes

Nach dem unter I 3 Gesagten steht das Privatrecht des Geldes im Mittelpunkt der Darstellung. Es liegt auf der Hand, daß innerhalb dieser Materie das *Recht der Geldschuld* besondere Aufmerksamkeit verdient (dazu alsbald unter III). Das Recht der Geldschuld deckt sich dabei nicht notwendig mit dem Schuldrecht iS des Zweiten Buchs des BGB. Die Anspruchsgrundlagen können nämlich auch aus dem Dritten, Vierten und Fünften Buch, und sie müssen überhaupt nicht aus dem BGB herrühren (charakteristisch etwa die Problematik der betrieblichen Ruhegelder in Vorbem D 141 ff). Auch können die Voraussetzungen geldrechtlicher Ansprüche – etwa im Bereich der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (zB Vorbem D 168) oder des Kreditwuchers (§ 246 Rz 110 ff) – naturgemäß von Fragen der allgemeinen Rechtslehre abhängen. Dies ändert jedoch nichts daran, daß der überwiegende Teil des privaten Geldrechts durch die Befassung mit der Geldschuld verbunden ist. Dem steht das *Sachenrecht der Geldzeichen* gegenüber (Vorbem B 9 ff), das in rechtsdogmatischer Hinsicht Eigenwert hat, rechtspraktisch allerdings in erster Linie der zivilistischen Vorfragenklärung in Strafrechtsfällen dient.

3. Das Währungsrecht

a) Das Währungsrecht ist das *Recht der Geldverfassung* (Vorbem A 28). Seine Funktionszusammenhänge mit dem Privatrecht des Geldes sind bereits unter I 3 dieser Einleitung herausgestellt worden. Diese Funktionszusammenhänge setzen den entscheidenden Akzent für den währungsrechtlichen Teil der hier vorgelegten Untersuchung. In Vorbem A 27 ff sind die währungsrechtlichen Grundlagen des privaten Geldrechts unter Einschluß eines Abrisses der deutschen Währungsgeschichte (Vorbem A 32 ff) entwickelt. Das *Zentralbanksystem* der Bundesrepublik Deutschland (Vorbem A 51 ff) als währungspolitisches Instrumentarium ordnet sich in den hier entworfenen Funktions- und Legitimationszusammenhang zwischen Währungspolitik, Währungsrecht und Privatrecht (Vorbem A 28, A 48) ein. Die Untersuchung bejaht eine *Staatspflicht zur Stabilitätspolitik*, die zwar nur politisch durchsetzbar ist, aber doch eine Rechtspflicht, also einen Bestandteil des objektiven Rechts, darstellt (Vorbem A 47 ff). Jedenfalls bei gesetzpositivistischer Betrachtung gehört auch das praktisch wichtige Gebiet der genehmigungsfreien, genehmigungsbedürftigen und genehmigungsfähigen oder genehmigungsunfähigen Wertsicherungsklauseln nach § 3 WährG (Vorbem D 158 ff) in den Bereich nicht nur des monetären Schuldrechts, sondern auch des Währungsrechts. Eine funktionelle Betrachtung erhärtet diesen Zusammenhang, denn die Problematik der Wertsicherung ist auf das Engste mit dem Nominalismusstreit verbunden (Vorbem D 20 ff), und dieser wiederum mit den Grundlagen des Währungssystems.

b) Das *internationale Währungsrecht* (Vorbem F 1 ff) kann im Rahmen einer privatrechtlichen Untersuchung nur in seinen Umrissen dargestellt werden, obwohl es nicht nur im politischen Bereich, sondern auch im grenzüberschreitenden Rechtsverkehr eine zunehmende Rolle spielt. Immerhin sind aber Grundbegriffe der Außenwirtschaftstheorie (Vorbem F 2) wie Konvertibilität, Auf- und Abwertung, Außenwert, Wechselkurs und Parität unverzichtbare Gegenstände auch des privaten Geldrechts (Vorbem F 3 ff). Als Gegenstand des internationalen Währungsrechts

Einleitung

wird die internationale Ordnung des Geldwesens herausgestellt (Vorbem F 10) und zu anderen Gegenständen des Geldrechts in Beziehung gesetzt (Vorbem F 13 ff). Im einzelnen befaßt sich die Darstellung namentlich mit dem Recht des Internationalen Währungsfonds (Vorbem F 19 ff) und mit dem Europäischen Währungsrecht (Vorbem F 35 ff).

4. Devisenrecht

In Vorbem E 2 ff werden Grundlagen des deutschen Devisenrechts und damit des Außenwirtschaftsrechts geschildert. Die historische Entwicklung von der Devisenbewirtschaftung hin zum *Außenwirtschaftsrecht des geltenden AWG* ist gekennzeichnet durch die Aufhebung von Bewirtschaftungsregeln und durch freie Konvertierbarkeit der Deutschen Mark (Vorbem E 7). Auszüge aus dem AWG und wenige Erläuterungen verdeutlichen den Stand der Gesetzgebung. Der *Außenwirtschaftsverkehr mit der DDR* unterliegt nicht dem AWG, sondern noch dem wesentlich strengeren Devisenrecht der Militärregierungen (Vorbem E 14 ff) und der DDR (Vorbem E 17). In diesem Bereich war nach Manuskriptabschluß eine Entscheidung des BVerfG nachzutragen, die neue Bewegung in die Diskussion gebracht hat (Vorbem E 4). Da die Darstellung des Außenwirtschaftsrechts im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht Selbstzweck, sondern Bestandteil privatrechtlicher Untersuchungen ist, wird den privatrechtlichen und zivilprozessualen Auswirkungen des Devisenrechts (Vorbem E 18 ff) sowie der kollisionsrechtlichen Problematik des deutschen und ausländischen Devisenrechts (Vorbem E 27 ff) besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

5. Prozeßfragen

Prozeßprobleme der Geldschuld bestehen vor allem in der Bestimmtheit oder Unbestimmtheit von Anträgen und Verurteilungen sowie in der Problematik dynamisierter Leistungsklagen und Leistungsurteile (C 57 ff).

III. Das Recht der Geldschuld

1. Schuldrechtliche Grundlagen

a) Die Geldschuld zielt als *Wertverschaffungsschuld* auf einen in Geld ausgedrückten unkörperlichen Vermögenswert (Vorbem C 7). Geldschuld und Sachschuld müssen daher unterschieden werden (Vorbem C 4). Insbesondere stellt die Geldschuld keine Gattungsschuld dar (Vorbem C 6). Das schließt nicht aus, daß einzelne Gattungsschuldregeln analog anwendbar sind (Vorbem C 8 ff). Zu diesen gehört nach hM insbesondere § 279. Nach der hier vertretenen Auffassung ergibt sich indessen bereits aus autonomen Regeln des Geldschuldrechts, daß ein per se nach § 275 befreiendes Unvermögen des Schuldners bei der Geldschuld nicht anzuerkennen ist (Vorbem C 29).

b) Hinsichtlich der Erfüllung der Geldschuld ist insbesondere auf die Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs Rücksicht zu nehmen (Vorbem C 39), denn die Bewirkung der geschuldeten Geldleistung in bar wirft kaum nennenswerte Probleme auf. Unbare Zahlung ist nicht Leistung an Erfüllung statt, sondern Erfüllung (Vorbem C 44). Die Frage, unter welchen Voraussetzungen befreiend auf ein Gläubigerkonto gezahlt werden kann, wird in Vorbem C 46 f abweichend von der hM folgendermaßen gelöst: Bereits die Existenz eines für die Entgegennahme derartiger

Einleitung

Zahlungen nicht erkennbar ungeeigneten Gläubigerkontos setzt den Schuldner in Stand, befreiend durch Einzahlung oder Überweisung auf dieses Konto zu leisten. Einer besonderen Weisung oder Gestattung von Seiten des Gläubigers bedarf es nicht, wohl aber kann der Gläubiger durch Weisung an den Schuldner verhindern, daß auf ein bestimmtes Gläubigerkonto gezahlt wird. Auch können außer einer solchen Weisung sonstige aus Schuldnersicht zumutbarerweise erkennbare Umstände eine befreiende Überweisung auf ein ungeeignetes Konto hindern. Der Schuldner trägt also, wenn sich die Parteien nicht verständigt haben, das Risiko, ob das Gläubigerkonto existiert und nicht für die Bewirkung der geschuldeten Leistung an den Gläubiger erkennbar ungeeignet ist. Im übrigen ist es Sache des Gläubigers, durch Weisungen an den Schuldner unwillkommene Zahlungen auf ein vorhandenes Konto zu verhindern.

2. Geldschuld und Geldwert

a) Die *Reaktionsverbundenheit zwischen Geldwert und Geldschulden* stellt eines der zentralen klassischen Probleme des Rechts der Geldschuld dar. Im Gegensatz zu der überholten Staatlichen Theorie des Geldes von KNAPP ist das Phänomen der Geldwertveränderung nicht aus dem Bereich des Schuldrechts zu verdrängen. Die Verwendung ökonomischer Theorien über den Geldwert ist hierbei unentbehrlich, stößt allerdings auch insofern auf Grenzen, als es im vorliegenden Text nur um den rechtlich umsetzbaren Anteil an ökonomischer Theorie gehen kann (Vorbem D 3). In diesem Rahmen gilt es, die unterschiedlichen Geldwerte zu ermitteln (Vorbem D 8 ff) und die Phänomene der Geldwertänderungen aufzuarbeiten (Vorbem D 15 ff).

b) Kernproblem des Fragenkreises Geldschuld und Geldwert ist das *Nennwertprinzip*, also der sogenannte *Nominalismus* (Vorbem D 20 ff). Die uneinheitliche Terminologie im Schrifttum hat dazu geführt, daß die Nominalismusdebatte nicht selten mit schiefen Fronten geführt wird. Der Text entwickelt deshalb zunächst verschiedene Begriffe und Rechtsprinzipien des Nominalismus: Nominalismus als technische Regel (Vorbem D 25 ff), Nominalismus als Rechtsprinzip der Geldsummensschuld (Vorbem D 30 ff) und strikter Nominalismus (Vorbem D 35 ff). Die rechtspolitisch umstrittene Norm des § 3 WährG erweist sich als Anwendungsfall eines strikten Nominalismus (Vorbem D 39).

c) Das Recht der *Geldschuld unter Inflationsbedingungen* ist vielleicht der komplizierteste Fragenkreis des gesamten privaten Geldrechts. Das gilt jedenfalls für die sog *Geldsummensschulden*, während die sog *Geldwertschulden* nicht nominell in Währungseinheiten festgelegt, sondern nach dem Geldwert anderer Güter bestimmt werden und deshalb unter Inflationsbedingungen anpassungsfähig bleiben (Vorbem D 44 f). Die Unterscheidung von Geldsummensschulden und Geldwertschulden wird entgegen kritischen Stimmen des Schrifttums in der vorliegenden Arbeit beibehalten. Die Abgrenzung im einzelnen erweist sich als außerordentlich schwierig (Vorbem D 50 ff). Die Kommentierung gibt hier praktische Anwendungshilfen und verfolgt auch sonst das Recht der Geldwertschuld, insbesondere ihre Umwandlung in eine Geldsummensschuld, bis in die Einzelheiten (Vorbem D 80 ff).

d) Obwohl die Hauptprobleme im Bereich von Geldschuld und Geldwert bei der Forderungsaufwertung unter Inflationsbedingungen liegen (vgl unter III 3 und 4 dieser Einleitung), kann doch der Problembereich nicht abschließend beurteilt werden ohne Einbeziehung der *Irrtums- und Schadensproblematik* (Vorbem D 331 ff, D 333 ff). Sobald es darum geht, ob Fehlvorstellungen über den Geldwert zur Anfechtung wegen Irrtums berechtigen und ob Entwertungsverluste im Wege des

Einleitung

Schadensersatzes auszugleichen sind, haben sich allgemeine zivilistische Rechtsinstitute am Recht der Geldschuld zu bewähren.

e) Auch das *Recht der Rechnungslegung* und das *Steuerrecht* stehen im Zusammenhang mit Inflationserscheinungen vor erheblichen Problemen, zB im Hinblick auf den Ausweis und die Besteuerung von Scheingewinnen. Die Darstellung wendet sich diesen Fragen in Vorbem D 340 ff zu

3. Die gesetzliche Anpassung bei Geldsummenschulden

Seit dem berühmten reichsgerichtlichen Aufwertungsurteil vom 28. 11. 1923 (RGZ 107, 78, 87 ff) stellt die *gesetzliche oder richterliche Aufwertung von Geldschulden* in Inflationsfällen ein unbewältigtes Rechtsproblem von erheblicher Tragweite dar. Grundsatzproblem ist die Frage nach der richterlichen Entscheidungskompetenz (Vorbem D 94) und – wenn man die Zulässigkeit richterlicher Aufwertung grundsätzlich bejaht – die Bestimmung der Aufwertungskriterien. Der Text unterscheidet zwischen der Hyperinflation und dem Normalfall der »schleichenden« Inflation und stellt fest, daß die Aufwertungsfrage im wesentlichen zur Unterscheidung zwischen Einzelfallgerechtigkeit und genereller Aufwertung zwingt (Vorbem D 94). Die individuelle Anpassung von Forderungen gehört in die Hand des Richters. Instrument der richterlichen Aufwertungsrechtsprechung ist das Institut der Geschäftsgrundlage (Vorbem D 95). Die Reichsgerichtsrechtsprechung wird systematisch aufgearbeitet, und es werden die Kriterien der Anpassung (Vorbem D 100 ff) sowie der Aufwertungsmechanismus (Vorbem D 119 ff) analysiert. Über den konkreten Bezug des Geldrechts hinaus wird damit gleichzeitig ein *Konzept für die praktische Bewältigung von Geschäftsgrundlagenstörungen* durch Parteien und Gerichte vorgelegt.

4. Wertsicherungen

Spielt die Forderungsanpassung vor allem für die forensische Praxis eine Rolle, so steht für die vertragsgestaltende Praxis die Abwendung von Inflationsrisiken und Anpassungsstreitigkeiten durch Wertsicherungen im Vordergrund. Als *Wertsicherungsvereinbarungen* bezeichnet der Text diejenigen Vertragsabreden, durch die Geldschulden, ohne ihre Eigenschaft als Geldschulden einzubüßen, vom Nennwertprinzip gelöst werden und summenmäßig erst nachträglich aufgrund einer besonderen Bemessungsgrundlage bestimmbar sind (Vorbem D 159). Die Geschichte der Wertsicherungsvereinbarungen ist im wesentlichen geprägt durch die Inflationsgeschichte (Vorbem D 162). Nachdem das Mark-gleich-Mark-Gesetz versucht hatte, den strikten Nominalismus endgültig festzuschreiben (Vorbem D 162), stellte der Gesetzgeber in § 3 S 2 WährG bestimmte Wertsicherungsklauseln unter ein Verbot mit Erlaubnisvorbehalt.

Wertsicherungsklauseln werfen zunächst unabhängig von § 3 WährG *Probleme der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre* auf, nämlich Fragen des Vertragsschlusses, Fragen der Wertsicherung durch allgemeine Geschäftsbedingungen sowie Fragen der Auslegung (Vorbem D 165 ff). Bei Nichtbewährung einer vereinbarten Wertsicherung stellen sich wiederum Geschäftsgrundlagenprobleme, denen die Parteien durch Aufnahme der Wertsicherungsklausel in den Vertrag gerade hatten ausweichen wollen (Vorbem D 178 ff).

Von entscheidender Tragweite sind sodann die *Probleme des § 3 WährG*. Grundsätzlich ist zu dieser Vorschrift zu bemerken, daß es sich um eine Norm des strikten Nominalismus handelt, die rechtspolitisch sehr umstritten ist (Vorbem D 187 ff), hier

Einleitung

aber trotz vorhandener Bedenken als wirtschafts- und rechtspolitisch nützlich verteidigt wird. Angewandt wird § 3 WährG sowohl durch die Zivilgerichte als auch durch die DBB. Die DBB hat *Genehmigungsgrundsätze* entwickelt, die bei Vorbem D 208 wörtlich wiedergegeben sind und die Praxis zu § 3 WährG überall da bestimmen, wo sich eine Wertsicherungsklausel als genehmigungsbedürftig erweist.

Zur Auslegung des § 3 WährG vertritt der Text in Übereinstimmung mit der hM die Auffassung, daß sogenannte *Spannungsklauseln und Leistungsbestimmungsvorbehalte* nicht unter die Vorschrift fallen (Vorbem D 238 ff, D 246 ff). Die Rechtfertigung und Abgrenzung dieser Ausnahmesachverhalte ist wenig geklärt. Der Text zeigt auf, daß Spannungsklauseln durch den Äquivalenzgedanken gerechtfertigt sind (Vorbem D 240) und daß Leistungsbestimmungsvorbehalte deshalb genehmigungsfrei sind, weil § 3 S 2 WährG nicht jede potentiell inflationsfördernde Vereinbarung verbietet, sondern nur solche Vereinbarungen, die mit der Nennwertfunktion des Geldes unvereinbar sind (Vorbem D 248). Die Einzelabgrenzung genehmigungsfähiger oder genehmigungsunfähiger Wertsicherungsklauseln setzt eine umfassende Kasuistik voraus. Dieser Kasuistik wendet sich der Text in Vorbem D 223 ff, D 258 ff ausführlich zu. Der verwirrende Stand der Praxis macht hier eine systematische Aufbereitung der Problemgruppen erforderlich, die nicht nur bei der Erschließung des vorhandenen Materials, sondern auch bei der Bewältigung noch ungelöster künftiger Probleme weiterhelfen soll. Eingehend befaßt sich der Text auch mit den Verfahrensvorschriften der Wertsicherung, insbesondere mit dem Verwaltungsverfahren bei der DBB, mit dem Verwaltungsrechtsschutz und mit der Verbindlichkeit verwaltungsrechtlicher Entscheidungen für die Zivilgerichte (Vorbem D 305 ff).

5. Valutaschuld und Geldsortenschuld

a) *Fremdwährungsschulden (Valutaverbindlichkeiten)*, deren wirksame Verabredung nach § 3 S 1 WährG von einer Genehmigung der DBB abhängen kann, sind im BGB nicht grundsätzlich geordnet, vielmehr enthält § 244 nur eine Detailregelung: Die Fremdwährungsschuld kann, wenn sie im Inland zu begleichen ist, auch in Inlandswährung beglichen werden, es sei denn, daß Zahlung in ausländischer Währung ausdrücklich bedungen ist (§ 244 Abs 1); die Umrechnung erfolgt dann nach dem Kurswert, der zur Zeit der Zahlung für den Zahlungsort maßgebend ist (§ 244 Abs 2). Die Befugnis, auch in Inlandswährung zu zahlen, wird von der hM und auch hier als *Ersetzungsbefugnis des Schuldners* eingeordnet (§ 244 Rz 70 ff). § 244 Abs 1 erklärt diese Ersetzungsbefugnis bei den „im Inlande zu zahlenden“ Fremdwährungsschulden zur abdingbaren Regel, und diese Regel entspricht auch der tatsächlichen Häufigkeit. Überwiegend werden diese Fremdwährungsschulden als „unechte“ Fremdwährungsschulden bezeichnet, während diejenigen Fremdwährungsschulden, bei denen es von § 244 Abs 1 „die Zahlung in ausländischer Währung ausdrücklich bedungen ist“, als „echte“ Fremdwährungsschulden bezeichnet werden. Gegenüber dieser eher mißverständlichen Terminologie gibt die vorliegende Darstellung der folgenden Begriffsbildung den Vorzug (§ 244 Rz 6 ff): Der Regelfall des § 244 Abs 1 wird als „einfache Fremdwährungsschuld“ bezeichnet, während diejenigen Schulden, bei denen „effektive“ Zahlung in fremder Währung bedungen ist, „effektive Fremdwährungsschulden“ sind. Stets handelt es sich dabei nicht um Gattungsschulden, sondern um Geldschulden, die aber – zB hinsichtlich der Aufrechnung und der Kreditsicherheiten – eigene Probleme aufwerfen (§ 244 Rz 43 ff). Sonderregeln enthalten § 661 HGB sowie die Artt 41 WG und 36 ScheckG.

Das *materiellrechtliche* Hauptproblem der Fremdwährungsschuld besteht bei Erfüllungsverbindlichkeiten aus Verträgen darin, unter welchen Voraussetzungen eine

Einleitung

Fremdwährungsverbindlichkeit ohne *Genehmigung der DBB* eingegangen werden kann (Vorbem D 211 ff; § 244 Rz 40 ff), bei allen anderen Verbindlichkeiten dagegen in der *Abgrenzung zwischen Heimwährungsschulden und Fremdwährungsschulden* (§ 244 Rz 13 ff). Fragen des materiellen Rechts liegen weiterhin in der Wertsicherung (§ 244 Rz 59), in der Kreditsicherung von Fremdwährungsschulden (§ 244 Rz 51 ff) sowie in den Problemen der Erfüllung und Aufrechnung (§ 244 Rz 46 ff).

Das *prozessuale* Hauptproblem der Fremdwährungsschuld besteht in dem Trend der Parteien und der Gerichte zur Prozeßführung in der *moneta fori* (§ 244 Rz 13 f). Prozeßpraxis und Rechtsdogmatik müssen hier zum einen der Tatsache gerecht werden, daß das materielle Recht über die geschuldete Währung entscheidet; zum anderen muß aber der Bindung des Gerichts an Dispositionen der Parteien Genüge getan werden; die Untersuchung bemüht sich deshalb um eine Lösung, die ohne dogmatische Friktionen zu praxisgerechten Lösungen verhilft (vgl § 244 Rz 14, 105). Nach deutschem Recht können Klagen und Urteile auf Zahlung in fremder Währung lauten (§ 244 Rz 104). Die im Klageantrag genannte Währung bestimmt den Streitgegenstand (§ 244 Rz 106). Die Frage, ob dem Schuldner die Ersetzungsbefugnis des § 244 Abs 1 zusteht, kann bereits im Erkenntnisverfahren (§ 244 Rz 110), aber auch noch im Vollstreckungsverfahren geklärt werden (§ 244 Rz 115).

b) Nur noch geringe Bedeutung haben Geldschulden, die in einer bestimmten Münzsorte zu bezahlen sind (*sog unechte Geldsortenschulden*). Anders war dies noch zu Zeiten der Goldumlaufwährung. § 245 bestimmt, daß, wenn sich die vereinbarte Münzsorte zur Zeit der Zahlung nicht mehr im Handel befindet, die Zahlung so zu leisten ist, wie wenn die Münzsorte nicht bestimmt wäre (dazu § 245 Rz 14 ff). Von dieser „unechten“ Geldsortenschuld wird die „echte“ oder „eigentliche“ Geldsortenschuld unterschieden. Diese ist überhaupt keine Geldschuld, sondern eine Gattungsschuld. „Echte“ Geldsortenschulden werden etwa beim Valutakauf oder beim Geldwechseln begründet (Vorbem C 6).

IV. Das Zinsrecht

1. Grundlagen

Die meisten geldrechtlichen Alltagsprobleme sind Probleme der Kreditpraxis, und die meisten geldrechtlichen Probleme der Kreditpraxis rühren vom Zinsrecht her. Der Fragenkreis ist im vergangenen Jahrzehnt – vor allem bedingt durch eine *Verbreiterung des Kreditwesens* und durch kritische Untersuchungen auf dem Gebiet des *Konsumentenkredits* – in heftige Bewegung geraten. Die Kommentierung bemüht sich um möglichst umfassende und – wo dies erforderlich scheint – weiterführende Darstellung des Rechts des Zinses und der Zinsschuld (vgl insbes die Erläuterung der §§ 246–248).

2. Zinsbegriff, Zinsschuld und Zinsrecht

Die Anwendung von Grundsätzen über Zins und Zinsschuld hängt immer wieder – allerdings nicht durchgehend – vom Begriff des Zinses ab. Dieser wurde in der älteren Praxis dahin bestimmt, daß als Zins eine fortlaufend zu entrichtende Vergütung für den Gebrauch eines Kapitals bezeichnet wurde, die nach Bruchteilen dieses Kapitals berechnet und im voraus dem Betrage nach bestimmt ist. Vor allem unter dem Eindruck einer von CANARIS unternommenen *Neubestimmung des Zinsbegriffs* hat der Bundesgerichtshof die Begriffsbestimmung dahin erweitert, daß Zins eine

Einleitung

laufzeitabhängige – aber gewinn- und umsatzunabhängige – in Geld zu entrichtende Vergütung für den Kapitalgebrauch ist (§ 246 Rz 7). Dem ist zuzustimmen, wobei es nur der Klarstellung dient, wenn hier statt auf den Kapitalgebrauch des Zinsschuldners auf die Kapitalentbehmung des Zinsgläubigers abgestellt wird (§ 246 Rz 8). Eine ganz andere, noch nicht abschließend diskutierte Frage ist die, ob es einen einheitlichen Zinsbegriff gibt oder ob dieser Begriff von Norm zu Norm wechselt (§ 246 Rz 8). Die Abgrenzung im einzelnen bereitet etwa auf den Gebieten des Disagio, der Kredit- und Bearbeitungsgebühren, der Bereitstellungsgebühren, der Restschuldversicherung und der Vorfälligkeitsentschädigung erhebliche Schwierigkeiten und setzt eine kritische Auseinandersetzung mit einer reichhaltigen Rechtsprechung und Literatur voraus.

3. Zinsschuld

Die Zinsschuld kann *auf Gesetz* (§ 246 Rz 50 ff) oder auf Vereinbarung beruhen (§ 246 Rz 59 ff). *Vertragszinsen* unterliegen dem Prinzip der Zinsfreiheit (§ 246 Rz 61). Die Zinsfreiheit ist allerdings durch das *Verbot wucherischer bzw. „wucherähnlicher“ Geschäfte* in § 138 begrenzt (§ 246 Rz 110 ff). Als Hauptproblem hat sich hierbei auf dem Gebiet der Kredite die Bestimmung der objektiven Sittenwidrigkeitsmerkmale („grobes“, bzw. „auffälliges“ Mißverhältnis zwischen Leistung und Gegenleistung) erwiesen, und zwar vor allem im Tätigkeitsbereich der Teilzahlungsbanken. Sowohl die Abgrenzung der zu berücksichtigenden Kreditkosten (§ 246 Rz 119 ff) als auch die Durchführung des Effektivzinsvergleichs (§ 246 Rz 127 ff) zur Feststellung der Wuchermerkmale ist Gegenstand umfangreicher und weittragender Auseinandersetzungen. Der Standpunkt der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist noch nicht hinreichend gefestigt (vgl. besonders § 246 Rz 132), so daß die Darstellung auch um Perspektiven für die künftige Praxis bemüht sein muß.

4. Das Prinzip der Zinsklarheit

a) Im Recht der *PreisangabenVO* (§ 246 Rz 89 ff) sowie des *AbzG* (§ 246 Rz 103 ff) macht sich mehr und mehr ein Prinzip der Zinsklarheit bemerkbar: Die *Angabe des effektiven Jahreszinses* nach diesen Bestimmungen dient der Offenkundigkeit der Zinsbelastung und dem Konsumentenschutz.

b) Daneben tritt nach der hier vertretenen Auffassung das *Zinseszinsverbot* des § 248. Wie in JZ 1982, 829 ff näher angeführt ist, bedarf nämlich nicht nur die Kündigungsvorschrift des § 247, sondern auch das in § 248 ausgesprochene Zinseszinsverbot einer Neuorientierung nach Normzweck und Inhalt. Die auf eine gemeinrechtliche Tradition zurückgehende Bestimmung des § 248 kann vor dem Hintergrund der vom BGB zugrundegelegten Zinsfreiheit nicht mehr als Schutznorm gegen überhöhte Zinsen angesehen werden. § 248 dient der Zinsklarheit (§ 248 Rz 3). Sowohl für den Zinseszinsbegriff (§ 248 Rz 11 ff) als auch für das Tatbestandsmerkmal der Vereinbarung im voraus (§ 248 Rz 24 ff) kann dies nicht ohne Folgen bleiben: Das Zinseszinsverbot ist enger als bisher angenommen. Zugleich erfahren die sich aus § 355 HGB ergebenden zusätzlichen Einschränkungen des Zinseszinsverbots eine Ausdehnung (§ 248 Rz 31 ff).

5. Die Zinsanpassung

In Anbetracht der sich ständig ändernden Marktbedingungen spielt die *Anpassung der Zinssätze* eine erhebliche Rolle. Sie erfolgt in erster Linie aufgrund von

Einleitung

Zinsanpassungsklauseln (Zinsgleitklauseln, Zinsänderungsklauseln und Kündigungsklauseln), die freilich ihrerseits an § 138 BGB und ggf an den Vorschriften des ABGB gemessen werden müssen. Hinzu kommt das wichtige und rechtspolitisch umstrittene *Kündigungsrecht nach § 247*. Diese auf überholte Quellen zurückgehende Vorschrift (§ 247 Rz 1) gilt heute nicht mehr als spezielle Ausprägung des Wucherverbots, sondern als Mechanismus für die Anpassung des Vertragszinses an Senkungen des marktüblichen Zinssatzes (§ 247 Rz 2 ff). Nur im Sinne einer Gewährleistung der Leistungsäquivalenz bei Dauerschuldverhältnissen kann § 247 heute verstanden und rechtspolitisch gerechtfertigt werden. Während sich diese Erkenntnis – vor allem aufgrund wiederholter Auseinandersetzung von CANARIS mit der Bestimmung – weitgehend durchgesetzt hat, gilt für die praktische Handhabung der Norm nicht dasselbe. Da § 247 dem Kreditnehmer nicht nur das Recht zur Änderungskündigung, sondern ein Kündigungsrecht schlechthin gibt, besteht auf der Rechtsfolgenseite noch ein Mißverhältnis zwischen dem gegenwärtigen Normzweckverständnis und der rechtlichen Handhabung des § 247. In BB 1982, 2075 ff wurde versucht, die Voraussetzungen und Folgen der Kreditkündigung nach § 247 auch in dieser Hinsicht dem „Wandel der Normsituation“ anzupassen. Die Kommentierung beschreitet denselben Weg (§ 247 Rz 31 f). Unstimmigkeiten, die ohne gesetzgeberisches Handeln nicht zu beseitigen sind, bringen allerdings die Ausnahmeregeln des § 247 Abs 2 mit sich. Besondere Aufmerksamkeit gebührt hierbei den vor allem bei § 247 Abs 2 S 2 in jüngster Zeit aufgetretenen Abgrenzungsschwierigkeiten.

6. Die Zinsrechnung

Auch das Recht der Zinsrechnung befindet sich seit einigen Jahren in heftiger Bewegung (eingehend § 246 Rz 150 ff). Die Zinsrechnung spielt nicht nur bei der Bestimmung der Effektivzinshöhe für die nach der PreisangabenVO und dem AbzG gebotenen Angaben eine Rolle, sondern zB auch bei der für die Anwendung des § 138 erforderlichen Effektivzinsvergleichung (§ 246 Rz 154), vor allem aber bei der Feststellung der Zinsschuld bei vorzeitiger Kreditbeendigung (§ 246 Rz 156). Auf diesem Gebiet hat sich eine teils finanzmathematische, teils rechtliche *Methodendiskussion* angesponnen, deren Grundlagen und Folgen bei § 246 Rz 158 ff im Rahmen des in einer juristischen Arbeit Vertretbaren dargestellt worden sind. Für die *rechtliche Behandlung des Zinsrechnungsproblems* zeichnen sich in der ausgedehnten Diskussion Schwerpunktprobleme ab. Diese bestehen vor allem in den Fragen, inwieweit die Zinsrechnung im Recht von finanzmathematischem Perfektionismus freigehalten, also als autonomes Rechtsproblem begriffen werden darf (§ 246 Rz 157 f, 164 ff, 180) und wo hier die für die Heranziehung von Sachverständigen wichtige Grenze zwischen Tatfrage und Rechtsfrage verläuft (§ 246 Rz 157, 180). Die Kommentierung bemüht sich um praktikable Lösungsvorschläge auch auf diesem komplizierten Gebiet.

7. Zinsen im öffentlichen Recht

Schwierigkeiten eigener Art pflegen schließlich die Zinsprobleme im öffentlichen Recht zu bereiten (§ 246 Rz 182 ff). Hier fehlt es an durchgehenden Konzepten, wie sie im kodifizierten Privatrecht ermöglicht wurden, so daß eine Fülle unterschiedlicher Regeln zu beachten ist. Nicht einmal für die Anwendbarkeit der §§ 247 und 248 kann von einer Einheitslösung ausgegangen werden (§ 247 Rz 62, § 248 Rz 6). Die vorliegende Untersuchung soll nicht nur der Darstellung gesicherter Positionen, sondern auch ihrer Weiterentwicklung dienen.

Vorbemerkungen zu § 244

Schrifttum

zu Vorbem zu § 244 sowie zu §§ 244–248

FÖGEN, Geld- und Währungsrecht (1969); GOLDSCHMIDT, Handbuch des Handelsrechts I/2 (1868); HELFFERICH, Das Geld (6. Aufl 1928); ISSING, Einführung in die Geldpolitik (1981); ders, Einführung in die Geldtheorie (4. Aufl 1981); KNIES, Das Geld (1873); LÜTGE, Einführung in die Lehre vom Gelde (2. Aufl 1948); F A MANN, The Legal Aspect of Money (4. Aufl 1982); ders, Das Recht des Geldes – Eine rechtsvergleichende Untersuchung auf der Grundlage des englischen Rechts (1960); VON MAYDELL, Geldschuld und Geldwert. Die Bedeutung von Änderungen des Geldwertes für die Geldschulden (1974); NUSSBAUM, Das Geld in der Theorie und Praxis des deutschen und internationalen Rechts (1925); SAVIGNY, Obligationenrecht I (1851); VEIT, Reale Theorie des Geldes (1966); MARTIN WOLFF, Das Geld, in: Ehrenbergs Hdb IV/1 (1917).

Systematische Übersicht

A. Grundlagen

I. Geld und Geldschuld als Rechtsbegriffe

1. Geld und Geldfunktionen A 1

- a) Der Geldbegriff als Methodenproblem A 1
- aa) Die interdisziplinäre Frage A 1
- bb) Geld und Rechtsordnung A 2
- cc) Geld und Gesetzgebung A 3
- dd) Keine Unterscheidung nach öffentlichem oder privatem Recht A 4
- e) Geldbegriff und Geschichte des Geldes A 5
- aa) Historische Hinweise A 5
- bb) Der Prozeß der Entsubstantialisierung A 6
- c) Funktionen des Geldes A 7
- aa) Bedeutung für den Geldbegriff A 7
- bb) Ordnung der Geldfunktionen A 8
- 2. Begriffsbildung A 9
- a) Uneinheitlichkeit des Geldbegriffs A 9
- b) Funktionalität des Geldbegriffs A 10
- c) Der zweigliedrige Geldbegriff A 11
- aa) Gegenständlicher Geldbegriff (Geld als Geldzeichen) A 12
- bb) Institutioneller Geldbegriff A 14
- d) Geldbegriff und Geldforderung A 15
- aa) Geldforderung A 16
- bb) Verbriefte Forderung A 17
- cc) Buchgeld A 18
- e) Arten (Formen) des Geldes A 19
- f) Geld und Währung als Rechtsbegriffe A 20
- aa) Währung als Funktionsbegriff A 21
- bb) Währung als Zuordnungsbegriff A 22
- g) Die Geldschuld als Rechtsbegriff A 23
- aa) Schuldrechtliche Verbindlichkeit A 24
- bb) In Geld ausgedrückte Verbindlichkeit A 25
- cc) Auf Verschaffung von Geld gerichtete Verbindlichkeit A 26

II. Währungsrechtliche Grundlagen des privaten Geldrechts A 27

1. Privatrecht und Währungsrecht A 28

- a) Der Funktionszusammenhang A 28
- b) Die Währungssysteme A 29
- c) Währungsänderungen A 30
- d) Internationales Währungsrecht und Devisenrecht A 31

2. Die deutsche Währung A 32

- a) Entwicklung seit der Reichsgründung 1871 A 32
- b) Epoche der Goldwährung A 33
- c) Abbau der Goldwährung A 34
- d) Zusammenbruch der bestehenden deutschen Währung A 35
- e) Die Reichsmark A 36
- f) Das Abrücken vom Grundsatz der internationalen Golddeckung A 37
- g) Der Zusammenbruch 1945 A 38
- h) Die sog Währungsreform A 39
- i) Die Entwicklung in der DDR A 40
- k) Die Währung der Bundesrepublik Deutschland A 41
- aa) Das Währungssystem (Währungstypus) A 42
- bb) Die Währungsverfassung A 43
- cc) Währungsverfassung und Bankensystem A 44
- l) Währungspolitik A 45
- aa) Funktionszusammenhang mit dem Privatrecht des Geldes A 46
- bb) Die Rechtspflicht des Staates zur Stabilitätspolitik A 47
- aaa) Rechtsgrundlagen A 48
- bbb) Inhalt und Grenzen A 49
- ccc) Sanktionen A 50
- cc) Das Zentralbanksystem der Bundesrepublik A 51
- aaa) Die DBB A 52
- bbb) Die sog Unabhängigkeit der DBB A 53
- dd) Aufgaben und Aufgabenerfüllung A 54

2. Buch. 1. Abschnitt. Inhalt der Schuldverhältnisse

- aaa) Die währungspolitische Aufgabe der DBB A 55
- bbb) Die Aufgabenerfüllung A 56
- ccc) Rechtsschutzprobleme A 57
 - m) Der strafrechtliche Schutz der Währung A 58
- aa) §§ 146 ff StGB A 59
- bb) §§ 127 f OWiG A 60
- cc) § 35 BBankG A 61
- dd) Gesetz v. 2. 1. 1911 A 62
- ee) MünzG A 63

B. Das Recht der Geldzeichen

I. Entstehung und Untergang von Geldzeichen B 1

- 1. Grundlagen B 2
- 2. Entstehung von Geldzeichen B 3
- 3. Demonetisierung B 4
 - aa) Währungswechsel B 5
 - bb) Demonetisierung bestimmter Geldsorten B 6
 - cc) Demonetisierung einzelner Geldzeichen B 7
 - b) Demonetisierung durch rein tatsächliche Vorgänge B 8

II. Das Geld im Sachenrecht B 9

- 1. Das Grundproblem B 10
- 2. Geldzeichen als bewegliche Sachen B 11
- 3. Eigentum an Geld B 12
- 4. Hauptsächlichste Eigentumsänderungen B 13
 - a) Übereignung von Geldzeichen B 13
 - b) Vermengung von Geldzeichen B 14
 - c) Wechseln von Bargeld B 15
 - d) Prägung von Münzen B 16

III. Geldzeichen in Zwangsvollstreckung und Konkurs

- 1. Grundsätzliches B 17
- 2. Einzelzwangsvollstreckung B 18
 - a) Herausgabevollstreckung B 18
 - b) Zahlungsvollstreckung B 19
 - c) Vollstreckung in Geldforderungen, insbes Pfändung von Buchgeld B 20
- 3. Konkurs B 21

IV. Strafrechtlicher Schutz von Geldzeichen B 22

- 1. Vermögensschutz B 23
- 2. Eigentumsschutz B 24
- 3. Urheberschutz B 25

C. Das Recht der Geldschuld

I. Grundlagen

- 1. Die Geldschuld im BGB C 1

- 2. Abgrenzung der Geldschuld C 2
 - a) Geldschuld und Herausgabeschuld C 3
 - b) Geldschuld und Sachschuld C 4
- aa) Geldstückschuld als Sachschuld C 5
- bb) Echte Geldsortenschuld als Sachschuld C 6

3. Rechtsnatur der Geldschuld C 7

- a) Wertverschaffungsschuld C 7
- b) Analoge Anwendung des Rechts der Gattungsschuld? C 8

- aa) § 243 Abs 1? C 9
- bb) § 243 Abs 2? C 10
- cc) § 279? C 11
- dd) § 300 Abs 2? C 12
- ee) §§ 2155, 2182? C 13

4. Arten der Geldschuld C 14

- a) Heimwährungsschuld und Fremdwährungsschuld C 15
- b) Geldsortenschuld C 16
- c) Geldmommenschulden und Geldwertschulden C 17

II. Allgemeine Regeln

1. Verzinslichkeit C 18

2. Zahlungsort C 19

3. Gefahr und Kosten der Geldübermittlung C 20

- a) Anwendungsbereich des § 270 C 21
- aa) Die Geldübermittlung C 21
- bb) Die erfaßten Geldschulden C 22
 - b) Die Transportgefahr C 23
- aa) Grundsatz C 23
- bb) Die Ausnahme des § 270 Abs 3 C 24
- c) Die Verspätungsgefahr C 25
- d) Das Insolvenzrisiko C 26
- e) Geldentwertung und Währungswechsel C 27
- f) Kosten der Geldübermittlung C 28

4. Keine Befreiung durch Unvermögen C 29

- a) Die hM C 29
- b) Verteidigung der hM gegen Kritik aus dem Schrifttum C 30

5. Schuldnerverzug C 31

- a) Eintritt des Verzugs C 31
- b) Verzugsfolgen C 32
- c) Heilung der Verzugsfolgen C 33

6. Gläubigerverzug C 34

- a) Eintritt des Gläubigerverzugs C 34
- b) Rechtsfolgen C 35

III. Die Erfüllung der Geldschuld

1. Barzahlung C 36

- a) Barzahlung als Verschaffung von Eigentum an Geldzeichen C 37
- b) Die geschuldeten Geldzeichen C 38

2. Bargeldloser Zahlungsverkehr C 39

- a) Bedeutung und Abgrenzung C 40

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

- b) Einzahlung oder Überweisung auf ein Gläubigerkonto C 42
- aa) Keine Leistung an einen Dritten C 43
- bb) Erfüllung oder Leistung an Erfüllungs Statt? C 44
- cc) Zahlungsmodalität und Befreiung C 46
- dd) Eintritt der Erfüllungswirkung C 48
- ee) Gefahrtragung C 49
- c) Das Lastschriftverfahren C 50
- d) Leistung erfüllungshalber, insbes die Leistung mittels Schecks C 52
- e) Das Akkreditiv C 55
- 3. Die Aufrechnung als Erfüllungssurrogat C 56**
- dd) Die Kaufkraft D 13
- c) Zur Ermittlung der Kaufkraft D 14
- d) Geldwertänderungen D 15
- aa) Geldwertänderung als Änderung der Kaufkraft D 16
- bb) Inflation und Deflation D 17
- cc) Typologie D 18
- aaa) Erscheinungsformen der Inflation D 18
- bbb) Unterscheidungskriterien D 19

2. Das Nennwertprinzip D 20

- a) Grundlagen D 21
- aa) Nominalismus als Rechtsprinzip D 22
- bb) Terminologische Vorklärung D 23
- cc) Das Nennwertprinzip als technische Regel, als positivrechtliche Regel und als rechtspolitische Kategorie D 24
- b) Der technische Nominalismus des Geldes D 25
- aa) Die nominalistische Funktion des Geldes und der Geldzeichen D 26
- bb) Historische und ökonomische Grundlagen D 27
- cc) Die Rechtsgeltung des technischen Nominalismus D 28
- dd) Grenzen der Aussagekraft des technischen Nominalismus D 29
- c) Der Nominalismus im Recht der Geldschuld D 30
- aa) Das Prinzip der Geldsummensschuld D 31
- aaa) Inhalt des Prinzips D 32
- bbb) Rechtsgeltung des Prinzips D 33
- ccc) Ablehnung des Valorismus D 34
- bb) Strikter Nominalismus D 35
- aaa) Inhalt des Prinzips D 36
- bbb) Rechtsgeltung des Prinzips D 37
- ccc) § 3 WährG D 39
- d) Der währungspolitische Nominalismus D 40
- aa) Rechtliche Bedeutung D 41
- bb) Wertungsgrundlagen D 42
- cc) Nominalismus und Stabilitätspolitik D 43

IV. Die Geldschuld in Prozeß, Zwangsvollstreckung und Konkurs

1. Erkenntnisverfahren C 57

- a) Die Verfahren zur Durchsetzung der Geldforderung C 58
- b) Unterscheidung gegenüber Individualansprüchen C 59
- c) Bestimmtheit der Klage C 60
- d) Bestimmtheit und Klagantrag bei der Klage aus Geldwertforderungen C 62
- e) Das Zahlungsurteil und seine Rechtskraft C 63
- f) Nachträgliche Anpassung titulierter Forderungen bei Geldentwertung C 64
- aa) Titel auf wiederkehrende Geldleistungen C 65
- bb) Sonstige Zahlungsurteile C 66
- g) Prozeßrechtliche Einzelfragen aus der Aufwertungspraxis C 68
- 2. Einzelzwangsvollstreckung C 69**
- a) Vollstreckung wegen Geldforderungen C 70
- b) Vollstreckung in Geldforderungen C 71
- 3. Konkurs C 72**

D. Geldschuld und Geldwert

I. Einführung

1. Der Geldwert D 1

- a) Der Geldwert als ökonomische Tatsache im Recht D 1
- aa) Der Geldwert als Faktum D 2
- bb) Verwendung ökonomischer Theorien D 3
- b) Die Bestimmung des Geldwerts als Methodenproblem D 4
- aa) Unbrauchbare Kriterien D 5
- aaa) Nennwert D 6
- bbb) Metallwert D 7
- ccc) Subjektiver Wert D 8
- bb) Geldwert als Funktionswert D 9
- cc) Unterschiedliche Geldwerte D 10
- aaa) Außenwert und Binnenwert D 11
- bbb) Objektiver und subjektiver Wert D 12

II. Geldwertschulden

1. Geldwertschulden und Geldsummensschulden D 44

- a) Begriffsbildung D 44
- b) Nutzen der Unterscheidung und Kritik D 45
- c) Praktische Bedeutung der Unterscheidung D 46
- d) Mischsachverhalte D 47
- 2. Abgrenzung in wichtigen Fällen D 48**
- a) Erfüllungsansprüche und Rückgewähransprüche aus Vertrag D 48
- b) Rückabwicklung von Verträgen D 49
- c) Herausgabeansprüche wegen ungerechtfertigter Bereicherung D 50

2. Buch. 1. Abschnitt. Inhalt der Schuldverhältnisse

- aa) Das Grundsatzproblem D 51
 - bb) Geld als erlangtes »Etwas« D 52
 - cc) Herausgabe des Erlangten nach §§ 816, 822 D 53
 - dd) Wertersatz nach § 818 Abs 2 D 54
 - ee) § 951 D 55
 - d) Schadensersatz D 56
 - aa) Grundsatz: Geldwertschaden und Geldsummenschaden D 56
 - bb) §§ 249–251 D 57
 - cc) Verzugschaden und Schadensersatz wegen Nichterfüllung D 58
 - dd) Immaterieller Schaden D 59
 - ee) Schadensersatzrenten D 60
 - ff) Gesetzliche Haftungshöchstgrenzen D 61
 - e) Enteignung und Aufopferung D 62
 - f) Bundesentschädigungsgesetz D 63
 - g) Wertersatzansprüche D 64
 - h) Aufwendungsersatz D 65
 - i) Unterhalt D 66
 - aa) Grundsatz D 66
 - bb) Regelbedarf D 67
 - cc) Unterhaltsvereinbarungen D 68
 - k) Auseinandersetzungs- und Abfindungsansprüche D 70
 - aa) Auseinsetzung oder Teilung D 71
 - bb) Abfindungsansprüche D 72
 - cc) Rückforderungsanspruch des stillen Gesellschafters D 73
 - l) Zugewinnausgleich D 74
 - m) Ausgleichung von Vorempfängen unter Miterben D 76
 - n) Pflichtteilsanspruch D 77
 - o) Anrechnung einer Zuwendung auf den Pflichtteil D 78
 - p) Pflichtteilergänzungsanspruch D 79
- 3. „Umwandlung“ von Geldwertschulden und Geldsummenschulden D 80**
- a) „Umwandlung“ von Geldwertschulden in Geldsummenschulden D 80
 - aa) Durch Vertrag? D 81
 - bb) Durch Einstellung in ein Kontokorrent? D 82
 - cc) Durch Klage? D 83
 - dd) Durch Urteil? D 84
 - ee) Durch Feststellung im Konkurs? D 85
 - ff) Durch Verwaltungsakt? D 86
 - gg) Durch Erfüllung und Erfüllungssurrogate? D 87
 - hh) Durch Abtretung und Regreß? D 88
 - b) „Umwandlung“ von Geldsummenschulden in Geldwertschulden D 89

III. Geldentwertung und Anpassung bei Geldsummenschulden

1. Grundbegriffe D 90

- a) Aufwertung und Anpassung D 90

- b) Aufwertung, Anpassung und Geschäftsgrundlage D 91
 - c) Gesetzliche und „freie“ Aufwertung D 92
 - d) Generelle und individuelle Aufwertung D 93
- 2. Gerichtskompetenz und Rechtsanwendungsmethode D 94**
- a) Die Grundsatzfrage D 94
 - b) Die Methodenfrage D 95
 - aa) Aufwertung unter den Bedingungen der Hyperinflation D 96a
 - bb) Anpassung unter den Bedingungen der schleichenden Inflation D 96b
 - c) Die in Betracht kommenden Forderungen D 97
 - aa) Aufwertungsfähige Forderungen D 98
 - bb) Äquivalenzstörungen und Geschäftsgrundlage D 99
- 3. Allgemeine Kriterien der Anpassung D 100**
- a) Das Zeitmoment D 100
 - b) Quantifizierung und Wertung der Geldentwertung D 101
 - c) Die Erheblichkeitsprüfung D 102
 - aa) Fall der Hyperinflation D 103
 - bb) Fall der schleichenden Inflation D 104
 - cc) Fremdwährungsschulden D 105
 - d) „Subsidiarität“ des Instituts der Geschäftsgrundlage D 106
 - aa) Andere Abhilfe D 107
 - aaa) Grundsatz D 108
 - bbb) Privatversicherungsrecht D 109
 - ccc) Sozialrenten D 110
 - ddd) Gesetzlich geregelte (Beamten-)Bezüge D 111
 - eee) Anpassung des Arbeitslohns D 112
 - fff) Sonstige Spezialregelungen D 113
 - bb) Sperrwirkung des Vertrags D 114
- 4. Fortfall der Rechte D 115**
- a) Fortfall durch Vertrag D 115
 - b) Verwirkung D 116
 - c) Vorleistung beim gegenseitigen Vertrag D 117
 - d) Verzug mit der Gegenleistung D 118
- 5. Rechtsfolgen D 119**
- a) Vorrang der Anpassung oder des Lösungsrechts? D 119
 - b) Der Anpassungs- und Lösungsmechanismus beim Fortfall der Geschäftsgrundlage D 120
 - aa) Leistungsverweigerung, Rücktrittsdrohung, Kündigungsdrohung D 121
 - bb) Rücktritt oder Kündigung D 122
 - cc) Subsidiäre richterliche Vertragskorrektur D 123
 - c) Der Umfang der „Aufwertung“ D 124
 - d) Der Anpassungszeitraum D 125
 - e) Einfluß auf Kreditsicherheit D 126

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

- aa) Personalsicherheiten D 127
- bb) Dingliche Sicherheiten D 128
- 6. Fallgruppen D 129**
 - a) Verträge mit Versorgungszweck D 130
 - b) Langfristige Verträge aus der Zeit vor 1920 D 131
 - c) Der Erbbauzins D 132
 - d) Mietzins und Pachtzins D 133
 - e) Langfristige Kaufverträge und Werklieferungsverträge D 134
 - f) Dienstverträge D 135
 - g) Werkverträge D 136
 - h) Kreditverträge D 137
 - i) Geldschulden aus Beteiligungsverhältnissen D 138
- 7. Sonderprobleme D 139**
 - a) Aufwertung nichtvertraglicher Geldforderungen D 139
 - b) Geschäftsgrundlage und Inflationsbeendigung D 140
- IV. Die Anpassung betrieblicher Ruhegelder D 141**
 - 1. Definition, Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen D 142**
 - a) Die betriebliche Altersversorgung D 142
 - b) „Rechtsnatur“ D 143
 - c) Rechtsgrundlage D 144
 - 2. Wertsicherungsklauseln in Ruhegeldzusagen D 145**
 - a) Allgemeines D 145
 - b) Wertsicherungsklauseln D 146
 - c) Spannungsklauseln D 147
 - 3. Die Anpassung von Ruhegeldern D 148**
 - a) Anpassung nach § 242 D 148
 - b) Anpassung nach § 16 BetrAVG D 149
 - aa) Personenkreis der betrieblichen Altersversorgung D 150
 - bb) Laufende Leistungen D 151
 - cc) Pflicht des Arbeitgebers D 152
 - dd) Inhalt der Pflicht D 153
 - ee) Entscheidender Zeitpunkt D 154
 - ff) Anpassungsentscheidung D 155
 - gg) Gerichtliche Kontrolle D 156
 - c) Freiwillige Anpassung D 157
- V. Wertsicherungsvereinbarungen D 158**
 - 1. Begriff, Funktion und Entwicklung D 159**
 - a) Begriff D 159
 - b) Funktion D 160
 - aa) Regelfall D 160
 - bb) Besonderheiten im grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehr D 161
 - c) Geschichte D 162
 - d) Rechtsvergleichende Hinweise D 164
 - 2. Allgemeine Rechtsgeschäftslehre D 165**
 - a) Verhältnis zu § 3 WährG D 165
 - b) Einzelabrede oder Allgemeine Geschäftsbedingungen D 166
 - aa) Einzelabrede D 167
 - bb) Allgemeine Geschäftsbedingungen D 168
 - cc) Kein Anspruch auf Aufnahme von Wertsicherungsvereinbarungen in einen Vertrag D 169
 - c) Auslegung D 170
 - aa) Grundsätzliches D 171
 - bb) Lückenausfüllung D 172
 - cc) Der maßgebende Zeitpunkt bei Dauerschuldverhältnissen D 173
 - d) Wertsicherungsvereinbarung und Geschäftsgrundlage D 174
 - aa) Die Vertragsgrundlage und der Vorrang der Wertsicherungsvereinbarung D 175
 - bb) Der Fortfall der Klauselgrundlage D 176
 - aaa) Vorrang der Klauselauslegung D 177
 - bbb) Nichtbewährung der Wertsicherungsvereinbarung als Fortfall der Klauselgrundlage? D 178
 - ccc) Übermäßige Wertsicherung D 179
 - ddd) Unzureichende Wertsicherung D 180
 - eee) Wegfall des Wertmaßstabs D 181
 - fff) Wiederherstellung der Währungsstabilität D 182
 - e) Verzicht und Verwirkung D 183
 - aa) Aufschub der Erhöhung D 184
 - bb) Verlust aller Rechte aus der Klausel D 185
 - cc) Rechtsfolgen D 186
 - 3. Grundsätzliches zu § 3 WährG D 187**
 - a) Norm und Normstruktur D 187
 - b) Normzweck D 189
 - aa) Funktionssicherung D 190
 - bb) Durchsetzung der Heimwährung D 191
 - c) Verfassungsmäßigkeit D 192
 - d) Rechtspolitische Beurteilung D 193
 - aa) Gegenstand des Nominalismusstreits D 194
 - bb) Die währungspolitischen Argumente D 195
 - cc) Marktpolitische Argumente D 197
 - dd) Individuelle Gerechtigkeitsabwägungen D 198
 - ee) Effektivität D 199
 - ff) Stellungnahme D 200
 - e) Geltungsbereich D 201
 - f) Allgemeine Auslegungsmaßstäbe D 202
 - g) Umgehungsprobleme D 203
 - h) Zentralbankpraxis und Gerichtspraxis D 204
 - aa) Divergenzen D 205
 - bb) Genehmigungspraxis der DBB D 206
 - cc) Genehmigungsgrundsätze der DBB D 207

2. Buch. 1. Abschnitt. Inhalt der Schuldverhältnisse

- 4. Der Tatbestand des § 3 S 1 WährG (Fremdwährungsschulden) D 211**
a) Die Fremdwährungsschuld D 211
b) Genehmigungsfreiheit nach § 49 Abs 1 AWG D 212
c) Genehmigungspraxis D 213
- 5. Der Tatbestand des § 3 S 2 WährG (Wertsicherungsvereinbarungen) D 214**
a) Geldschuld in DM D 214
b) Rechtsgeschäft D 215
aa) Grundsatz D 216
bb) Letztwillige Verfügungen D 217
c) Das Merkmal der Wertsicherung D 218
aa) Indexklauseln D 219
bb) Valutawertschulden D 220
cc) Sachwertklauseln und Leistungswertklauseln D 221
- 6. Problemgruppen D 223**
a) Sachschuldvereinbarungen D 223
aa) Die einfache Sachschuld D 224
bb) Die Wahlschuld D 226
cc) Die Ersetzungsbefugnis D 227
dd) Sachleistungsvereinbarung als Scheingeschäft oder als Gesetzesumgehung D 228
aaa) Scheingeschäft D 229
bbb) Gesetzesumgehung D 230
b) Gewinnbeteiligungsklauseln, Ertragsklauseln und Umsatzklauseln D 233
c) Deklaratorische Wertsicherungsklauseln D 234
d) Geldwertschulden D 235
aa) Deklaratorische Geldwertklauseln D 236
bb) Leistungszweck D 237
e) Spannungsklauseln D 238
aa) Begriff D 239
bb) Rechtfertigung der Sonderbehandlung D 240
cc) Typen von Spannungsklauseln D 241
dd) Das Merkmal der Gleichartigkeit D 242
ee) Insbesondere: Gehaltsklauseln und Ruhegeldklauseln D 243
ff) Insbesondere: Preisänderungsklauseln D 244
gg) Durchführung der Erhöhung D 245
f) Leistungsbestimmungsvorbehalte D 246
aa) Begriff D 247
bb) Begründung des Ausnahmetatbestandes D 248
cc) Abgrenzung des Ausnahmetatbestandes D 249
dd) Durchführung der Erhöhung D 251
aaa) Vertragsänderung D 252
bbb) Leistungsbestimmung durch eine Partei oder durch einen Dritten D 253
ccc) Leistungsbestimmungsvorbehalt und aufschiebende/auflösende Bedingung D 254
- ddd) Der Anpassungszeitpunkt D 255
g) Mindestklauseln (Einseitigkeitsklauseln) D 256
- 7. Rechtsgeschäftsgruppen D 258**
a) Vertragsangebote D 259
b) Vorverträge D 260
c) Leibrentenversprechen D 261
d) Übergabeverträge D 262
e) Grundstücks- und Unternehmenskauf D 263
f) Liefervertrag, Werklieferungsvertrag und Werkvertrag D 264
g) Kredite D 267
h) Gehalts- und Ruhegeldvereinbarungen D 269
i) Dienstleistungsverträge D 270
k) Miete und Pacht D 271
aa) Klauselbeispiele D 272
bb) Sonderproblem bei Mietverhältnissen über Wohnraum D 273
l) Zeitcharterverträge D 276
m) Erbbauzins D 277
aa) Grundlagen des Rechts des wertgescherten Erbbauzins D 280
aaa) Drei rechtliche Schranken D 281
bbb) Drei betroffene Rechte D 282
bb) Währungsrechtliche Zulässigkeit (§ 3 WährG) D 283
cc) Sachenrechtliche Zulässigkeit (§ 9 ErbbauVO) D 284
aaa) Inhalt des dinglichen Erbbauzins D 285
bbb) Der dingliche Vollzug der Erhöhung D 286
ccc) Die Sicherung des Erhöhungsanspruchs D 287
dd) Begrenzung der Wertsicherung durch § 9 a ErbbauVO D 289
aaa) Anwendungsbereich D 290
bbb) Bauwerk zu Wohnzwecken D 291
ccc) Sperrfrist D 292
ddd) Funktion der Billigkeitskontrolle D 293
eee) Das Kriterium der Billigkeit D 294
fff) § 9 a ErbbauVO als Auslegungshilfe D 296
n) Gesellschaftsverträge D 297
o) Letztwillige Verfügungen D 298
p) Kreditsicherungsprobleme D 299
aa) Personalkredit D 300
bb) Dingliche Sicherung D 301
- 8. Verwaltungs- und Verfahrensrecht D 305**
a) § 3 WährG als Verbot mit Erlaubnisvorbehalt D 305
b) Entscheidungsbefugnisse der DBB D 306
aa) Genehmigung D 307
bb) Negativattest D 308
cc) Versagung der Genehmigung D 309

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

- c) Das Verwaltungsverfahren D 310
- aa) Der Genehmigungsantrag D 311
- bb) Das Verfahren D 312
- d) Gerichtlicher Verwaltungsrechtsschutz D 313
- aa) Genehmigung D 314
- bb) Versagung der Genehmigung D 315
- cc) Klagebefugnis D 316
- e) Privatrechtliche Wirkungen D 317
- aa) Genehmigungsfreie Wertsicherung D 317
- bb) Genehmigungsbedürftige Wertsicherung D 318
- cc) Genehmigte Wertsicherung D 320
- dd) Teilunwirksamkeit und Teilnichtigkeit D 321
- ee) Anspruch auf Vertragsänderung D 323
- f) Bindung der Zivilgerichte D 326
- aa) Genehmigung D 327
- bb) Ablehnung der Genehmigung D 328
- cc) Negativattest D 329
- 9. Bilanz- und Steuerrecht D 330**

- VI. Geldentwertung und Irrtumsanfechtung**
- 1. Der Irrtum über den Tauschwert D 331**
- 2. Der Kurswertirrtum als Kalkulationsirrtum D 332**

- VII. Geldentwertung als Vermögensschaden D 333**
- 1. Geldentwertung und Geldwertschuld D 334**
- 2. Entwertungsschaden als Verzugsschaden D 335**
- a) Entwertungsschaden D 335
- b) Kursverlustschaden D 336
- 3. Das Beweisproblem D 337**
- a) Nachweis des reinen Entwertungsschadens D 338
- b) Nachweis eines Kursverlustschadens D 339

- VIII. Rechnungslegung, Steuerrecht und Geldentwertung**
- 1. Geldwert und Rechnungslegung D 340**
- a) Bilanzielle Probleme D 341
- b) Übertragung der Zugewinn- und Pflichtteilsrechtsprechung? D 342
- c) Kapitalerhaltungsbestimmungen und Substanzerhaltung D 343
- d) Die bilanzrechtliche Kontroverse D 344
- e) Das Anschaffungskostenprinzip des geltenden und des künftigen Bilanzrechts D 345
- f) Gesellschaftsrechtliche Pflicht zur Offenlegung von Scheingewinnen D 346
- g) Substanzerhaltungsrücklage D 347
- h) Bilanzprobleme in der Hyperinflation D 348

- 2. Steuerrecht und Geldentwertung D 349**
- a) Probleme D 350
- aa) Lautlose Erhöhung der Steuerlast D 351
- bb) Besteuerung von Scheingewinnen D 352
- cc) Zinsbesteuerung und Inflation D 353
- b) Der Standort der Praxis D 354

E. Devisenrecht E 1

I. Grundlagen

- 1. Standort des Devisenrechts E 2**
- 2. Entwicklung des Devisenrechts E 3**
- 3. Verfassungsmäßigkeit devisenrechtlicher Vorschriften E 4**

II. Das Devisenrecht des AWG

- 1. Rechtsgrundlagen E 5**
- 2. AWG und AußenwirtschaftsVO E 7**
- a) Beschränkungen für Rechtsgeschäfte E 8
- b) Meldepflichten E 9
- c) Bardepotpflicht E 11

III. Interzonenverkehr E 13

- 1. Das Devisenrecht der Militärregierungen E 14**
- 2. Zahlungsverkehr im Interzonenhandel E 15**
- 3. Transferzahlungen aufgrund der Vereinbarung von 1974 E 16**
- 4. Das Devisenrecht der DDR E 17**

IV. Privatrechtliche Auswirkungen des Devisenrechts E 18

- 1. Devisenrechtswidrige Rechtsgeschäfte E 19**
- a) Verbotene Verträge E 20
- b) Genehmigungsunfähige Verträge E 21
- c) Vertragsschluß in Kenntnis des Verbots E 22
- d) Genehmigungsfähige Verträge E 23
- e) Im voraus erklärte Genehmigungen E 24
- f) Folgeverträge E 25
- g) Umgehungsgeschäfte E 26
- 2. Deutsches und ausländisches Devisenrecht E 27**
- a) Verstoß gegen dt Devisenrecht bei Fällen mit Auslandsberührung E 28
- b) Verletzung ausländischer Devisenvorschriften E 29
- c) Die Sonderregelung des Art VIII 2 (b) des Abkommens von Bretton Woods E 30
- aa) Auslegung E 31
- bb) Die „Unklagbarkeit“ E 32

2. Buch. 1. Abschnitt. Inhalt der Schuldverhältnisse

3. **Anfechtung von Rechtsgeschäften** E 35
 4. **Nichterfüllung aufgrund devisenrechtlicher Verbote** E 36
 5. **Culpa in contrahendo und Vertragsverletzung** E 37
 6. **Devisenrechtsverstoß als unerlaubte Handlung?** E 38
- F. Internationales Geldrecht und Währungswesen** F 1
- I. Grundbegriffe der Außenwirtschaftstheorie** F 2
1. **Außenwert, Wechselkurs und Parität** F 3
 - a) Der Außenwert F 3
 - b) Devisen- und Wechselkurs F 4
 - aa) Wechselkursänderungen F 5
 - bb) Kursfestsetzung F 6
 - c) Währungsparität F 7
2. **Konvertibilität** F 8
 3. **Aufwertung und Abwertung** F 9
- II. Begriff des internationalen Währungsrechts**
1. **Gegenstand des internationalen Währungsrechts** F 10
 2. **Aufgaben des internationalen Währungsrechts** F 11
 3. **Instrumentarien des internationalen Währungsrechts** F 12
- III. Verhältnis des internationalen Währungsrechts zu anderen Gebieten des Geldrechts**
1. **Verhältnis zum (nationalen) Devisenrecht** F 13
 2. **Verhältnis zum (nationalen) Währungsrecht** F 16
 3. **Verhältnis zum internationalen Privatrecht des Geldes** F 17
 - a) Kollisionsrecht der Geldschulden F 17
 - b) Interlokales Geldschuldrecht F 18
- IV. Der Internationale Währungsfonds** F 19
1. **Aufgaben** F 20
 2. **Entstehungsgeschichte** F 21
 3. **Rechtsgrundlagen** F 22
 - a) Rechtsquellen F 22
 - b) Auslegungsfragen F 23
 4. **Rechtsstellung** F 24
 5. **Organisation** F 25
 6. **Mitgliedschaft** F 26
 - a) Beginn und Ende F 26
 - b) Mitgliedsrechte F 27
 - c) Mitgliedspflichten F 28
 7. **Transaktionen des Fonds** F 30
 8. **Sonderziehungsrechte** F 31
 - a) Begriff und Funktionen F 31
 - b) Rechtsnatur F 32
 - aa) Sonderziehungsrechte als Buchgeld F 33
 - bb) Sonderziehungsrechte als Wertmesser F 34
- V. Europäisches Währungsrecht** F 35
1. **Der Europäische Währungsverbund** F 36
 2. **Das Europäische Währungssystem** F 37
 - a) Rechtsgrundlagen F 37
 - b) Bedeutung F 38
 3. **Die Europäische Währungseinheit (ECU)** F 39
 - a) Begriff F 39
 - b) Funktionen F 40
 4. **Der Euro-Dollar** F 41

Alphabetische Übersicht

- Abänderungsklage C 65
- Abfindungsansprüche
- eines Gesellschafters D 72, D 96 a, D 297
 - bei Unterhaltsvereinbarungen D 69, D 81
- Abwertung A 30, D 16, F 7, F 9
- Akkreditiv C 41, C 55
- Altersversorgung, betriebliche D 113
- Anpassung D 141
 - Rechtsgrundlage D 144
 - Rechtsnatur D 143
 - Wertsicherung D 145 ff, D 179, D 269
- Anfechtung wegen Geldentwertung D 90 ff, D 100, D 331 f
- Anpassung s auch Aufwertung
- Arbeitslohn D 112
 - Besoldung D 111
 - Betriebsrenten D 113
 - Erheblichkeitsprüfung D 101 ff
 - Fallgruppen D 129 ff
 - Fortfall des Rechts auf D 115 ff
 - Fremdwährungsschuld D 105
 - bei einfachen Geldforderungen D 41
 - bei titulierten Geldforderungen C 64 ff
 - bei Geldsummenschulden D 90 ff
 - - Gerichtskompetenz D 94
 - - Methodenfragen D 95 ff
 - bei Hyperinflation D 96 a, D 103, D 125
 - und Kreditsicherheiten D 126 ff
 - Kriterien D 100 ff
 - rückwirkende D 125
 - Ruhegelder, betriebliche D 113, D 141 ff
 - bei schleichender Inflation D 96 b, D 104
 - Sozialrenten D 110
 - Umfang D 124

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

- bei Unterhaltsansprüchen C 65, D 68 f
- Versicherungsverträge D 109
- Anschluß, rekurrenter A 30, A 39
- Arrestverfahren C 58
- Aufopferungsanspruch D 62
- Aufhebungsvertrag D 49
- Aufrechnung B 12, C 56
- Aufwendungsersatzansprüche D 65, D 237
- Aufwertung A 30, D 16, F 7, F 9
 - von Forderungen D 41, D 90 ff
 - Erheblichkeitsprüfung D 101 ff
 - freie D 92, D 98
 - generelle D 93
 - Gerichtskompetenz D 94
 - gesetzliche D 92, D 98
 - individuelle D 93
 - und Kreditsicherheiten D 126 ff
 - Methodenfragen D 95 ff
 - nichtvertragliche Geldforderungen D 139
 - rückwirkende D 125
 - Umfang D 124
 - Verwirkung und Verzicht D 116, D 118
 - Währung F 9
 - und Wertsicherung, vertragliche D 174 f
- Aufwertungsrechtsprechung D 96
- Auseinandersetzungsansprüche D 71, D 72, D 96 a, D 297 f
- Außenwert A 30, D 11, F 3
 - und Notenbankpolitik A 53
- Außenwirtschaftsgesetz E 3, E 5 ff
- Außenwirtschaftsverordnung E 6 ff
- Außenwirtschaftstheorie F 2 ff
- Aussonderung von Geld im Konkurs B 21

- Bank deutscher Länder A 39, A 51
- Banknoten B 2 f
 - Urheberschutz B 25
- Bardepotpflicht E 11 f
- Bargeldloser Zahlungsverkehr s auch
 - Buchgeld,
 - Giroverkehr,
 - Überweisung; C 39 ff
 - Gefahrtragung C 23, C 25, C 49
 - und Gläubigerverzug C 34
- Bargeldsparender Zahlungsverkehr C 40 ff
- Barzahlung C 36 ff, C 46
- Barzahlungsklausel C 46
- Bereicherung, ungerechtfertigte D 50 ff
 - Geld als erlangtes „Etwas“ D 52
 - Herausgabe des Erlangten D 53
- Bestimmtheitsgrundsatz
 - bei Erbbauzins D 132, D 285
 - bei Grundrechtseingriffen des Gesetzgebers D 192
 - bei Klagantrag C 60 ff
 - bei Leistungsurteil C 63
 - bei Vollstreckungstiteln C 70, D 84
- Betriebsrente s Altersversorgung
- Bilanzrecht D 330, D 340 ff

- Binnenwert D 11
- Bruttolohnurteil C 70
- Buchgeld A 3, A 6, A 14, A 18, A 56, B 15, B 23, C 23, C 34, C 40 ff
- Buchwertabfindung D 72
- Bundesbank s Deutsche Bundesbank

- Chartalismus A 6

- Darlehen s Kreditverträge
- Deflation A 30, D 17
- Demonetisierung B 4 ff, C 27, D 16
- Deutsche Bundesbank A 51 ff, B 3 ff, D 205 ff
 - Aufgaben A 54 ff
 - Aufgabenerfüllung, Mittel der A 56
 - Genehmigungspraxis nach § 3 WährG D 205 ff, D 305
 - Unabhängigkeit A 53
- Deutsche Mark A 39 f
- Devisenkurs F 3 f, F 7
- Devisenpolitik der DBB A 56
- Devisenrecht E 1 ff
 - Anfechtung von Rechtsgeschäften E 35
 - ausländisches E 29
 - Bardepotpflicht E 11 f
 - Begriff E 2
 - Berlinverkehr E 14
 - Beschränkungen für Rechtsgeschäfts E 8
 - culpa in contrahendo E 37
 - DDR E 17
 - Geschichte E 3
 - inländisches, Anwendungsbereich E 28
 - Internationaler Währungsfonds E 30 ff
 - und internationales Währungsrecht F 13
 - Interzonenverkehr E 13 ff
 - Kollisionsrecht E 27 ff
 - Meldepflichten E 9
 - Nichterfüllung aufgrund devisenrechtlicher Verbote E 36
 - privatrechtliche Auswirkungen E 18
 - Verfassungsmäßigkeit devisenrechtlicher Vorschriften E 4
 - Verstoß gegen devisenrechtliche Vorschriften E 19 ff, E 38
 - Vertragsverletzung E 56
 - im Zivilprozeß E 23 ff
- Diskontsatz A 56
- Dienstverträge, Anpassung D 135
- Dokumentenakkreditiv s Akkreditiv

- Eigentum an Geld B 12 ff, B 24 ff
- Eigentumsgarantie
 - und Stabilitätspolitik A 48 f
- Einlagepolitik der DBB A 56
- Einlösungspflicht der Notenbanken A 29, A 33 f, A 36
- Einstweilige Verfügung C 58
- Energielieferungsverträge D 266
- Enteignungsentschädigung D 62, D 86

2. Buch. 1. Abschnitt. Inhalt der Schuldverhältnisse

- Entschädigungsansprüche nach BEG D 63
- Entwertungsschaden D 333 ff
- Erbbauzins
 - Anspruch auf Änderung D 282
 - dinglicher D 132, D 281 f, D 284 ff
 - schuldrechtlicher D 132, D 281 f
 - mit Versorgungscharakter, Anpassung D 130
 - Vormerkung D 282
 - Wertsicherung D 277 ff
- Erbfolge, vorweggenommene D 48
- Erfüllung s Geldschuld
- Erfüllungsansprüche, vertragliche D 48
- Erheblichkeitsprüfung bei Forderungsentwertung D 101 ff
- Ertragsklauseln D 233, D 263, D 264, D 283
- Euro-Dollar F 41 f
- Europäischer Währungsverbund F 36
- Europäisches Währungsabkommen F 8
- Europäisches Währungssystem F 12, F 13, F 37 ff
- Europäische Währungseinheit F 39 f
- Europäische Zahlungsunion F 8

- Falschgeld B 3, B 6
- Fehldrucke C 5
- Fehlprägungen C 5
- Feingoldklauseln A 35, D 162
- Forderungsaufwertung D 41, D 90 ff
 - Verhältnis zur vertraglichen Wertsicherung D 174 f
- Fremdwährungsschulden
 - Aufwertung D 105
 - und Devisenrecht D 211, E 7
 - und Entwertungsschaden bei Verzug D 336
 - Kursrisiko, Umkehr des D 105
 - und Währungsgesetz D 211 ff
 - und Wertsicherung D 159, D 211 ff
- Funktionswert des Geldes D 9

- Gattungsschuld C 4 ff
- Gebrauchswert A 5
- Gefahrtragung bei Geldschulden C 20 ff
- Gehaltsklauseln D 171, D 178 f, D 241, D 243
- Geld
 - Arten A 19
 - ausländisches A 3, A 13, A 19, B 13
 - Aussonderung im Konkurs B 21
 - Begriff A 1 ff, A 9 ff, C 7
 - funktioneller A 10, C 40
 - gegenständlicher A 11 f
 - und Geldforderung A 15 ff
 - institutioneller (s auch Währung) A 11, A 14 ff, C 7
 - Methodenproblem A 1
 - zweigliedriger A 11
 - Buch- A3, A 6, A 14, A 18, A 56, B 15, B 23, C 23, C 34
 - Formen A 19
 - freiläufiges A 13, A 19
 - Funktionen A 7 f
 - abstrakte A 8
 - Grundlage der Begriffsbestimmung A 6 f, A 10
 - konkrete A 8
 - und Währungsgesetz D 190
 - Wertaufbewahrungsfunktion A 8, D 2, D 190
 - Wertmaßfunktion A8, A 14, A 35, D 2, D 19, D 42, D 160, D 190
 - Werttransportfunktion A 8, D 2, D 190
 - Funktionsverlust, inflationsbedingter D 19, D 94
 - und Geldzeichen A 11
 - Geschichte A 5
 - und Gesetzgebung A 3
 - Herausgabeanspruch B 12, C 3
 - als Institution A 11, A 14 ff, A 21, C 7
 - Not- A 35
 - Papier- A 5, A 6, A 13, A 19, A 34
 - Pfändung B 19
 - von Bargeld B 19
 - von Buchgeld B 20
 - als Recheneinheit A 8
 - und Rechtsordnung A 2 f
 - und Sachenrecht B 9 ff
 - staatliches A 3, A 19
 - staatliche Theorie des A 3, A 8, A 12, A 30, D 2, D 29
 - und Strafrecht A 58 ff, B 22 ff
 - als Tauschmittel A 8
 - Theorie des Geldes
 - metallistische A 5, A 13
 - staatliche A 3, A 8, A 12, A 30, D 2, D 29
 - Verkehrs A 3, A 19
 - und Währung A 14, A 20
 - als Ware A 7
 - Wechseln von Bargeld B 15, C 6
 - und Ersatzhehlerei B 24
 - und Wertdeckung A 29
 - als Wertmesser A 8, A 35
 - und Wertpapiere A 13, A 17
 - als Werttransportmittel A 8
 - Geldentwertung
 - Anpassung wegen D 90 ff
 - Anfechtung wegen D 331 f
 - Bilanzrecht D 340 ff
 - Rechnungslegung D 340 ff
 - Steuerrecht D 349 ff
 - als Vermögensschaden D 333 ff
 - Geldentwertungsrisiko C 27, C 33, C 35, D 89
 - Geldforderung
 - und Geldbegriff A 14 ff
 - verbrieft A 16
 - Geldordnung s Geldverfassung
 - Geldrecht

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

- interlokales F 18
- internationales F 1 ff, F 17
- Quellen A 3
- und Währungsrecht A 29
- Geldschöpfung
- durch private Kreditschöpfung A 17, A 18
- Geldschuld C 1 ff
- Anpassung D 41, D 90 ff, C 64 ff
- - Anpassung titulierter Forderungen C 64 ff
- Anspruch auf Befreiung C 70
- Arten C 14 ff
- Aufrechnung als Erfüllungssurrogat C 56
- Begriff A 23 ff, C 2
- und Deflation D 17
- Erfüllung C 36 ff
- und Gattungsschuld C 4, C 7 ff
- Gefahrtragung C 20 ff, C 49
- - bei Auftrags- und Geschäftsbesorgungsverhältnissen C 22
- und Geldentwertung D 90 ff
- Geldentwertungsrisiko C 27
- und Geldstückschuld C 5
- und Geldwert D 1 ff, D 90 ff
- und Geldwertschuld A 14, C 7, C 17 f
- und Gläubigerverzug C 34 f
- und Herausgabeanspruch C 3, C 22
- - Gefahrtragung C 22
- - Zwangsvollstreckung C 70
- Insolvenzrisiko C 26
- und Konkurs C 72, D 85
- und Nennwertprinzip D 24, D 30 ff
- prozessuale Durchsetzung C 57 ff
- Rechtsnatur C 7 ff
- und Sachschuld C 4
- und Schuldnerverzug C 31 ff
- Umstellung bei Währungsänderung A 30, A 39
- und Unmöglichkeit C 11, C 29
- und Verzinsung C 18
- und Währungsänderung A 30
- als Wertverschaffungsschuld C 7
- und Zahlungsort C 19
- Zwangsvollstreckung C 69 ff
- Geldsortenklauseln A 35
- Geldsortenschuld C 5 f
- echte, eigentliche C 6
- unechte, uneigentliche C 6
- Geldstückschuld C 5
- Geldsummenschaden D 56
- Geldsummenschuld A 14, C 7, C 17 f, D 31 ff, D 44 ff
- Anpassung bei Geldentwertung D 90 ff
- - Gerichtskompetenz D 94
- - Methodenfragen D 95 ff
- Anpassungsverbot D 36, D 38
- Umwandlung zur Geldwertschuld D 89
- Geldübermittlung C 20 ff
- Gefahrtragung C 20 ff
- Kosten C 28
- Geldverfassung A 20 f, A 28 ff, A 46
- Geldvermächtnis C 13
- Geldwert D 1 ff
- Funktionswert D 9
- Gebrauchswert A 5
- Irrtum D 331 f
- Kaufkraft D 13 f, D 16 ff
- und Metallwert D 7
- und Nennwert D 6
- objektiver D 8, D 12
- Stabilität A 47 f
- subjektive Wertlehre D 8, D 12
- Substanzwert A 5, A 6, A 19
- Geldwertänderungen D 15 ff
- Geldwertklausel, deklaratorische D 236
- Geldwertschaden D 56
- Geldwertschuld A 14, C 7, C 17 f, D 34, D 36, D 44 ff, D 235 ff
- Abtretung D 88
- Aufrechnung mit Geldsummenschuld C 56
- und dynamisiertes Leistungsurteil C 63
- Einzelfälle D 48 ff
- Erfüllung D 87
- Geldentwertung D 334
- gesetzliche D 190
- und Konkurs C 72, D 85
- Einstellung in Kontokorrent D 82
- prozessuale Durchsetzung C 62
- Umstellungsgesetz D 163
- Umwandlung zur Geldsummenschuld C 18, D 46, D 80 ff
- - im Konkurs D 85
- - durch Einstellung in ein Kontokorrent D 82
- - durch Leistungsklage D 83
- - durch Leistungsurteil C 63, C 66, D 84
- - durch Rechtsgeschäft D 81
- - durch Verwaltungsakt D 86
- verdeckte D 231
- vertragliche D 202, D 235
- und Währungsgesetz D 235 ff
- Zahlungsurteil C 63
- Geldwertvermächtnis D 217, D 237, D 298
- Geldzeichen A 6, A 12 f, B 1 ff, C 3 ff, C 38
- Abgrenzung zum Geld als Institution A 11
- Arten A 19
- ausländische A 13, B 13
- Aussonderung im Konkurs B 21
- Auswechseln von C 6
- Begriffsmerkmale A 13
- Definition A 12
- Entstehung B 2 f
- Herausgabeanspruch B 12, C 3, C 70
- im Konkurs B 17, B 21
- und Sachenrecht B 9 ff
- strafrechtlicher Schutz B 22 ff
- - Eigentumsschutz B 24
- - Urheberschutz B 25
- - Vermögensschutz B 23

2. Buch. 1. Abschnitt. Inhalt der Schuldverhältnisse

- Übereignung B 13
- Untergang B 2, B 4 ff
- Vermischung B 12, B 14
- als Ware A 7, A 12, A 13
- Wertpapiere als G A 13, A 17
- als Zahlungsmittel A 13
- in der Zwangsvollstreckung B 17 ff, C 70
- Geschäftsgrundlage D 91, D 95 ff, D 102, D 174 ff
- bei betrieblicher Altersversorgung D 148
- Beweislast D 103 f
- Fortfall D 91, D 98, D 105, D 114, D 115, D 132 f
- - Rechtsfolgen D 119 ff
- - und Wertsicherung D 114, D 174 ff
- und Inflationsbeendigung D 140
- Subsidiarität D 106 ff
- und Wertsicherung D 114, D 174 ff
- Geschichte des Geldes A 5
- Gewinnbeteiligungsklauseln D 233, D 263, D 272
- Giralgeld s Buchgeld
- Giroverkehr s auch bargeldloser Zahlungsverkehr
- Gefahrtragung C 23, C 25 f
- Gläubigerverzug C 34 f
- Golddevisenwährung A 29
- Golddollarklauseln A 35
- Goldfranken F 34
- Goldklauseln A 35, D 162, D 221
- Goldwährung A 5, A 33 ff, A 55, F 6

- Haftungshöchstgrenzen, gesetzliche D 61
- Herausgabeansprüche C 3, C 22, C 59, C 70, D 50 ff
- Hyperinflation D 19, D 92, D 94, D 96 a, D 98, D 99, D 101, D 111, D 125, D 153, D 336, D 348

- Indeklauseln D 202, D 219, D 233, D 261, D 272, D 283, D 297
- Inflation A 28, A 30, D 17 ff
- absolute D 18
- Begriff D 17
- chronische D 18
- Erscheinungsformen D 18 f
- galoppierende D 18, D 19
- Hyper- D 19, D 92, D 94, D 96 a, D 98, D 99, D 101 ff, D 111, D 125, D 153, D 336, D 348
- manipulierte A 29
- offene D 18
- relative D 18
- Scheingewinn D 343, D 346, D 352
- schleichende D 18, D 19, D 92, D 96 a, D 96 b, D 98, D 101 f, D 104, D 125, D 153, D 336
- und Stabilitätspolitik A 48
- und Steuerrecht D 349 ff
- und Verfassungsrecht A 28, A 48
- und Wertsicherung D 160
- zurückgestaute D 18
- Insolvenzrisiko C 26
- Internationaler Währungsfonds A 55, E 30 ff, F 6, F 7, F 12, F 13, F 14, F 19 ff
- Aufgaben F 20
- Entstehungsgeschichte F 21
- Mitgliedschaft F 26 ff
- Organisation F 25
- Rechtsgrundlagen F 22 f
- Rechtsstellung F 24
- Sonderziehungsrechte A 13, F 6, F 31 ff
- Transaktionen F 30
- Internationales Privatrecht des Geldes F 17
- Internationales Währungsrecht F 11
- Interzonenverkehr E 13 ff
- Transferzahlungen E 16
- Zahlungsverkehr im Interzonenhandel E 15
- Irrtumsanfechtung wegen Geldentwertung D 100, D 331 f

- Kapitalerhaltung D 343 ff
- Kapitalisierung von Unterhaltsansprüchen D 69
- Kaufkraft des Geldes D 13 f
- Änderungen D 16 ff
- Klagantrag
- Bestimmtheit C 60
- Bezifferung C 60
- Verbindung mit Wertsicherungsklausel C 61
- unbezifferter C 60
- Klagerweiterung C 62
- Klaghäufung von Leistungs- und Feststellungsklage C 62
- Konvertibilität s Konvertierbarkeit
- Konvertierbarkeit E 7, F 8, F 14
- Kostenabwälzungsklauseln D 244, D 272
- Kostenelementsklauseln D 241, D 244, D 266, D 270
- Kreditsicherheiten
- und Forderungsaufwertung D 126 ff
- Wertsicherungsklauseln D 299 ff
- Kreditverträge
- Anpassung bei Geldentwertung D 48, D 99, D 137
- Wertsicherung D 237, D 267 f
- Kriegsopferversorgung D 62
- Kurantgeld A 19 f
- Kurswert D 11

- Landeszentralbanken A 51 f
- Lastenausgleich D 62
- Lastschriftverfahren C 41, C 51 f
- Lebenshaltungskostenindex D 14, D 60, D 74, D 76, D 166, D 171, D 180, D 218, D 249, D 250, D 263, D 264
- Lebensversicherung D 109

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

- Leibrente D 130, D 237, D 261
 Leistungsbestimmungsvorbehalt D 147, D 168,
 D 173, D 190, D 202, D 203, D 245, D 246 ff,
 D 260, D 261, D 263, D 268, D 269, D 270,
 D 272 f, D 276, D 277, D 282 f
 – Begriff D 247
 Leistungsurteil, dynamisiertes C 63, C 65,
 C 70, D 60
 Leistungsverweigerungsrecht D 121
 Leistungswertklauseln D 221
 Listenpreisklauseln D 264
 Lombardsatz A 56
 Londoner Schuldenabkommen F 13, F 15
- Mark s Deutsche Mark
 Mark-gleich-Mark-Gesetz D 38, D 94, D 95,
 D 162 f, D 205
 Metalldenariation A 29
 Metallismus A 5, D 7, D 34
 Metallkernwährungen A 29
 Metallumlaufwährungen A 28
 Metallwährungen A 29
 Mietzins, Anpassung D 133
 Mindestklauseln D 256 f, D 261
 Mindestreservpolitik der DBB A 56
 Miterben D 76, D 298
 Münzen B 2 f, C 38; s auch Scheidemünzen
 Münzhoheit A 43; s auch Währungshoheit
- Nachtragsklage C 65 ff, D 84
 – bei Geldentwertung C 66 f
 Negativattest D 308
 Nennwertprinzip s Nominalismus
 Neuwertversicherung, gleitende D 109
 Nominalismus (Nennwertprinzip) A 28, A 48,
 A 55, D 20 ff
 – Begriff D 23 f
 – und Geldschuld D 24, D 30 ff
 – und Inflationsrechtsprechung D 94 ff
 – Rechtsgeltung D 33, D 37 ff
 – Schutz durch Währungsgesetz D 190
 – und Stabilitätspolitik A 48, D 43
 – strikter D 35 ff
 – technischer D 25 ff
 – währungspolitischer D 40 ff, D 193 ff
 Notenmonopol der DBB A 56
 Notgeld A 35
- Pachtzins, Anpassung D 133
 Papiergeld A 5, A 6, A 13, A 19, A 34; s
 auch Geldzeichen, Banknoten
 Papierwährungen A 29, A 34, A 42
 Partiarische Rechtsverhältnisse D 233, D 272
 Pfändung
 – von Bargeld B 19
 – von Buchgeld B 20
 Pflichtteilsanspruch D 77, D 96 a
 Pflichtteilsergänzungsanspruch D 79
 Prämienanpassung D 109
- Preisänderungsklauseln D 168, D 244
 Preisgleitklauseln D 235, D 244, D 263
 Preisindex D 14
 Preisklauseln D 241, D 244
 Preisvorbehalte D 264
- Reallast D 282, D 302 f
 Rechtsquellen
 – des Geldrechts A 3
 – des Währungsrechts A 41
 Regelbedarf des nichtehelichen Kindes D 67
 Reichsbank A 38
 Reichsmark A 36 ff
 Rekurrenter Anschluß A 30, A 39
 Rentenbank A 35
 Rentenbankscheine A 35
 Roggenklausel D 180
 Roggenwährung A 3
 Rückabwicklung von Verträgen D 49, D 54
 Rücktritt D 49
 Ruhegelder, betriebliche D 141 ff
 Ruhegeldklauseln D 178 f, D 243
- Sachenrecht des Geldes B 9 ff
 Sachschulden D 223 ff, D 267, D 272, D 283
 – einfache D 224 f
 – Ersetzungsbefugnis des Gläubigers D 227
 – Wahlschulden D 226, D 283
 Sachwertklauseln D 221
 Schaden, immaterieller D 59
 Schadenersatzansprüche D 49, D 56 ff, D 333
 Schadenersatz wegen Nichterfüllung D 58,
 D 338
 Schadenersatzrente D 60
 – und Währungsgesetz D 236
 Scheck
 – Leistung durch Sch. C 41, C 52 ff
 – Versendung/Gefahrtragung C 23, C 25
 Scheidemünzen A 5, A 13, A 19, A 29, A 33,
 B 2 f, C 38
 Scheingewinne D 341, D 347, D 352
 Schmerzensgeldanspruch D 59 f
 Schuldnerverzug C 31 ff
 Schuldstatut C 19, F 17
 Sondermünzen C 5, C 6
 Sonderziehungsrechte A 13, F 6, F 31 ff
 Sozialstaatsprinzip
 – und Stabilitätspolitik A 48
 Spannungsklauseln D 147, D 160, D 168,
 D 179, D 190, D 202, D 221, D 233,
 D 238 ff, D 261, D 263, D 264, D 268,
 D 269, D 270, D 272 f, D 283
 Staatliche Theorie des Geldes A 3, A 8, A 12,
 A 30, D 2, D 29
 Stabilitätsgesetz A 47 ff, A 55
 Stabilitätspolitik
 – und Eigentumsgarantie A 48 f
 – und Nominalismus A 48, D 43
 – Rechtspflicht des Staates zur A 47 ff

2. Buch. 1. Abschnitt. Inhalt der Schuldverhältnisse

- Inhalt der Rechtspflicht A 49
- Sanktionen A 50
- Steuerrecht D 330, D 349 ff
- Strafrecht A 58 ff, B 22 ff
- Substanzerhaltung D 341 ff
- Substanzwert A 5, D 7
- Sukzessivlieferverträge, Anpassung D 134
- Surrogation, dingliche B 12

- Tarifvertrag D 112
- Theorie des Geldes s Geld/Theorie
- Transferzahlungen E 16
- Transportgefahr C 23

- Überweisung C 41, C 42 ff; s auch Bargeldloser Zahlungsverkehr
- Erfüllungswirkung C 48
- Fehlausführung C 23
- Gefahrtragung C 23, C 25 f, C 49
- Nichtausführung C 23
- steckengebliebene C 23
- Umsatzklauseln D 233, D 263, D 264, D 272
- Umstellung bei Währungsänderung A 30, A 39, C 29, D 45 f, D 162 f
- Umwandlung von Geldwertschulden und Geldsummenschulden D 80 ff
- Ungerechtfertigte Bereicherung s Bereicherung
- Unmöglichkeit
- devisenrechtlich bedingte C 29
- subjektive C 11, C 29 f
- wirtschaftliche C 29, D 91, D 96
- Unterhaltsansprüche D 66 ff
- Unterhaltsrenten C 65, C 70, D 67, D 69, D 130, D 261
- Unterhaltungsvereinbarungen D 68 f, D 115, D 236 f
- Abfindung D 69, D 81
- Festbetrag D 69
- Kapitalisierung D 69
- Wertsicherung D 236, D 261
- Unvermögen s Unmöglichkeit, subjektive

- Valorismus D 23, D 32, D 34, D 41, D 45, D 96 a
- Valutakauf C 6
- Valutawertschuld D 211, D 214, D 220, D 276
- Verkehrsgeld A 3, A 13, C 40
- Versicherungsansprüche, Aufwertung von D 109
- Versorgungsanwartschaften D 148, D 151
- Versorgungsverträge
- Anpassung D 130, D 148
- und Währungsgesetz D 237, D 261
- Wertsicherungsklauseln D 261, D 263
- Verspätungsgefahr C 10, C 19, C 25, C 49
- Geldentwertung C 27, C 33
- und Schuldnerverzug C 33

- Vertragsanpassung bei Fortfall der Geschäftsgrundlage D 119 ff
- gerichtliche D 123
- Verweigerung durch Schuldner D 122
- Vertragsauflösung bei Fortfall der Geschäftsgrundlage D 119 ff
- Vertragsauslegung, ergänzende D 96
- Verzinsung C 18
- Verzug s Gläubigerverzug
- s Schuldnerverzug
- Verzugsschaden D 58, D 335 ff
- Entwertungsschaden D 335 ff
- Vollstreckbare Urkunden C 70
- Vorempfänge, Ausgleich unter Miterben D 76

- Währung A 14, A 20 ff
- Arten A 29
- deutsche A 32 ff
- als Funktionsbegriff A 21
- gelenkte A 29
- gesteuerte A 29, A 42
- manipulierte A 29, A 42, A 55
- strafrechtlicher Schutz A 58 ff
- als Zuordnungsbegriff A 22
- Währungsänderungen A 30
- Währungsfonds s Internationaler Währungsfonds
- Währungsgesetz A 39, D 187 ff
- Auslegung D 202
- Deutsche Bundesbank D 204 ff, D 304 ff
- Fremdwährungsschulden D 211 ff
- Geltungsbereich D 201
- Genehmigungsprinzipien der DBB D 207 ff, D 305
- Gerichtspraxis D 204 ff
- Negativattest D 308
- und Sachschulden D 223 ff
- Umgehung D 203, D 230 f
- Verfahrensrecht D 305 ff
- Verfassungsmäßigkeit D 192
- Verwaltungsrecht D 305 ff
- Zentralbankpraxis D 204 ff, D 304 ff
- Währungshoheit A 3, A 5, A 13, A 30, A 43
- Währungsparität F 3, F 7, F 13
- Währungspolitik A 28, A 29, A 42 f, A 46 ff, D 3, D 190, D 193 ff
- Begriff A 46
- und DBB A 55
- und Nominalismus D 40 ff, D 194
- Stabilitätspolitik, Rechtspflicht zur A 47 ff
- und Währungsgesetz D 193 ff
- und Wertsicherung D 193 ff
- Währungsrecht A 28 ff
- europäisches F 35 ff
- internationales F 1 ff, F 10
- Aufgaben F 11
- und Devisenrecht F 13
- Gegenstand F 10
- Instrumentarien F 12

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

- und Internationales Privatrecht F 17
- und (nationales) Währungsrecht F 16
- und Nominalismus D 27, D 33
- im Privatrecht A 28 f
- Währungsreform A 30, A 38 ff
- Währungsstatut F 17
- Währungssystem(e) A 29
- deutsche A 32 ff
- Währungsverfassung A 43 f, A 51
- Währungswechsel A 30, A 39, B 5, D 16, D 45
- und Gefahrtragung C 27
- und Unmöglichkeit C 29
- Wahlschulden D 226, D 231
- Wandlung D 49
- Warencharakter des Geldes A 7
- Warengeld A 3, A 5
- Wechselkurs F 3 f, F 13
- Änderungen F 5
- Festsetzung F 6
- Floating F 6
- Werkverträge, Anpassung D 136
- Wertaufbewahrungsfunktion A 8, D 2, D 190
- Wertdeckung des Geldes A 29
- Wertersatzansprüche D 49, D 54, D 64
- Wertlehre, subjektive D 8
- Wertmaßfunktion des Geldes A 8, A 14, A 35, D 2, D 19, D 42, D 160, D 190
- Wertpapiere
- und Geldbegriff A 13, A 17
- Wertsicherung s auch Wertsicherungsklauseln
- Abfindungsansprüche D 297
- Angebot, langfristig bindendes D 259
- Bilanzrecht D 330
- Darlehen D 267 f
- Dienstleistungsverträge D 270
- Energierecht D 266
- Erbbauzins D 277 ff
- und Forderungsaufwertung D 174 f
- Gehaltsvereinbarungen D 269
- und Geschäftsgrundlage D 174 ff
- Gesellschaftsverträge D 297
- Grundstückskauf D 263
- Hofübergabeverträge D 262
- Kaufpreis D 264
- Kreditsicherheiten D 299 ff
- Kreditverträge D 267 f
- Leibrentenversprechen D 261
- letztwillige Verfügungen D 217, D 298
- Lieferverträge D 264
- Mietverträge D 271 ff
- und Nennwertprinzip D 32
- Pachtverträge D 271 ff
- Ruhegeldvereinbarungen D 269
- Sachschuldvereinbarungen D 223 ff
- Gesetzsumgehung D 230 f
- Scheingeschäft D 229
- Steuerrecht D 330
- Übergabeverträge D 262
- übermäßige D 179
- Unternehmenskauf D 263
- unzureichende D 180
- Verbot D 32, D 35 ff, D 43, D 187 ff
- Vorverträge D 260
- Werklieferungsverträge D 264
- Werkverträge D 264
- Zeitcharterverträge D 276
- Wertsicherungsklauseln A 35, A 55, D 32, D 89, D 158 ff; s auch Wertsicherung
- Änderung D 173, D 178, D 323 f
- in Allgemeinen Geschäftsbedingungen D 168
- Angebot D 259
- Aufnahme in einen Vertrag, Anspruch auf D 169
- Auslegung D 167, D 170 ff
- Baukostenindex D 272
- Begriff D 159
- Bestimmtheit D 167
- bei betrieblicher Altersversorgung D 146
- deklaratorische D 234
- Einseitigkeitsklauseln D 256 f, D 261
- Ertragsklauseln D 233
- und Forderungsaufwertung D 174 f
- Fremdwährungsklauseln D 211 ff
- Funktion D 160
- Gehaltsklauseln D 171, D 178 f
- genehmigungsfreie D 159, D 317
- genehmigungspflichtige D 159, D 318
- Genehmigungspraxis der DBB D 205 ff, D 304 ff
- und Geschäftsgrundlage D 114, D 174 ff
- Geschichte D 162 f
- Gewinnbeteiligungsklauseln D 233
- Indexklauseln D 219
- im internationalen Wirtschaftsverkehr D 161
- Klagantrag, bezifferter C 61
- Klauseländerung, Anspruch auf D 169
- Klauselgrundlage, Fortfall D 176 ff
- konstitutive D 234
- Leistungswertklauseln D 221
- in letztwilligen Verfügungen D 217
- Marktpolitik D 197
- Mindestklauseln D 256, D 261
- Negativtats D 308
- Nichtbewährung D 178 ff
- Nichtigkeit D 167, D 321 f
- Rechtsgeschäftsgruppen D 258 ff
- Ruhegeldklauseln D 178 f
- Sachwertklauseln D 221
- Spannungsklauseln D 147, D 160, D 168, D 179, D 190, D 202, D 221, D 233, D 238 ff, D 261, D 263, D 264, D 268, D 269, D 270, D 272 f, D 283
- Teilnichtigkeit D 321 f
- Teilunwirksamkeit D 321 f
- Umdeutung D 318
- Umsatzklauseln D 233

2. Buch. 1. Abschnitt. Inhalt der Schuldverhältnisse

- Valutawertschulden D 220
- Vertragsänderung D 323 f
- Vertragsgestaltung D 165 ff
- Verwirkung D 183 ff
- Verzicht D 183 ff
- in vollstreckbaren Urkunden C 70
- und Währungsgesetz D 187 ff
- Wiederbeschaffungsklausel D 237
- Werttransportfunktion A 8, D 2, D 190
- Wertverschaffungsschuld C 7
- Wiederbeschaffungsklausel D 237, D 268
- Wiedergutmachungsansprüche D 63
- Wiederkehr-Schuldverhältnisse, Anpassung D 134
- Zahlungsbilanz, Ausgleich F 11
- Zahlungsmittel
 - ausländische A 13
 - chartale A 6
 - gesetzliche A 13, A 33 f, A 35 f, A 41, B 2
 - gesetzliche zugelassene A 35
 - girale A 6
- pensatorische A 6
- Zahlungsort C 19
- Zahlungsurteil C 63; s. auch Leistungsurteil
- Abänderung bei wiederkehrenden Leistungen C 64 f
- Nachforderung bei einfachem Z. C 66
- Umwandlung von Geldwertschulden D 84
- Zeichengeld A 6
- Zentralbanksystem der Bundesrepublik A 51 ff
- Zigarettenwährung A 3
- Zinsanpassungsklauseln D 168
- Zinsen
 - Besteuerung D 253
 - Zugewinnausgleich D 47, D 74 f
- Zwangsgeld A 13, A 19
- Zwangsvollstreckung
 - in Geldforderungen B 20, C 71
 - wegen eines Anspruches auf Herausgabe bestimmter Geldzeichen B 18
 - wegen Geldforderungen B 19, C 69 ff

A. Grundlagen

I. Geld und Geldschuld als Rechtsbegriffe

Schrifttum: Acta monetaria, Jahrbuch für Geldordnung und Geldethik (1977 ff); ANDREAE, Geld und Geldschöpfung (1953); ASCARELLI, Studi giuridici sulla moneta (1952); BECHLER, Geld und Währung, Bd 1: Theorie des Geldes und der Geldpolitik (1978); BENDIXEN, Geld und Kapital (1912) (3. Aufl 1922); ders., Das Wesen des Geldes (4. Aufl 1926); BRUNNER-MONISSEN-NEUMANN (Hrsg), Geldtheorie (1974); BUDGE, Lehre vom Geld I (1933); BURAWOY, Der Knappsche Nominalismus und seine Rechtfertigung (1929); BURGHARDT, Geld und Währung (4. Aufl 1974); BURCKHARDT, Das Geld, Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins 71 (1935) 6; BURSTEIN, Money (Cambridge/Mass 1963); CARSON (Hrsg), Money and finance (New York-London 1967); CHANDLER, The monetary financial system (New York 1979); CHANDLER-GOLDFELD, The Economics of Money and Banking (7. ed New York 1977); CLAASSEN, Probleme der Geldtheorie (2. Aufl. 1980); CROWTHER, An outline of money (Aufl 1946); DEL VECCHIO, Grundlinien der Geldtheorie (1930); DÖRING, Die Geldtheorien seit Knapp (2. Aufl 1922); DUDEN, Der Gestaltwandel des Geldes und seine rechtlichen Folgen (1968); EHRLICHER, Geldtheorie, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften IV (1965); ders., Geldtheorie und Geldpolitik III: Geldtheorie, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft III (1981) 374; ELSTER, Die Seele des Geldes (1920); FORSTMANN, Geld und Kredit (1952); FORSTER-CATCHINGS, Money (2. Aufl 1924); FRAENKL, Geld, die Philosophie und die Psychologie des Geldes (1979); ders., Two Philosophies of Money (New York 1970); FRAUENFELDER, Das Geld als allgemeiner Rechtsbegriff (1938); FUERST, Die Konsumtheorie des Geldes (1968); GALBRAITH, Money. Whence it came, where it went (Boston 1975) = Geld. Woher es kommt, wohin es geht (1976); GEMTOS, Die Neubegründung der Quantitätstheorie durch Milton Friedman (1975); GERBER, Geld und Staat (1926); GERLOFF, Geld und Gesellschaft (1952); GOCHT, Kritische Betrachtung zur nationalen und internationalen Geldordnung (1975); GOLDSCHMIDT, Hdb des Handelsrechts I/2 (1868) 1060 ff; HARROD, Money, A comprehensive Account of the Nature of Money and of the Development of Monetary Theory and of modern Institutions (London 1874); HARTMANN, Über den rechtlichen Begriff des Geldes und den Inhalt der Geldschulden (1868); HAWTREY, Currency and Credit (4. Aufl London 1950); HELFFERICH, Das Geld (6. Aufl 1928); HICKS, Critical Essays in Monetary Theory (1967); HINTNER, Geld-, Bank- und Börsenwesen (36. Aufl 1967); FRIEDRICH HOFFMANN, Kritische Dogmengeschichte der Geldwerttheorie (1907); ISSING, Einführung in die Geldtheorie (4. Aufl 1981); KATH, Geld und Kredit; in: Vahlens Kompendium der Wirtschaftstheo-

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

rie und Wirtschaftspolitik I (1980) 155; KEYNES, Vom Gelde (A treatise on Money) (Nachdruck 1955); ders., A Tract on Monetary Reform (1923) = Ein Traktat über Währungsreform (1924); KIEFNER, Geld und Geldschuld in der Privatrechtsdogmatik des 19. Jahrhunderts, in: Coing-Wilhelm (Hrsg), Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert Bd V (Geld und Banken), (1980) 27 ff; KINLEY, Money. A Study of the Theory of the Medium of Exchange (New York 1904); KNAPP, Staatliche Theorie des Geldes (3. Aufl 1921); KNIES, Das Geld (2. Aufl 1885); KÖHLER, Der Geldkreislauf (1962); KOEHLER, Geldwirtschaft I (2. Aufl 1977); KORNER, Entdeckung des wertbeständigen Geldes (1961); OTTO KRAUS, Geld-Kredit-Währung (1958); LAUGHLIN, The Principles of Money (1903); LIEFMANN, Geld und Gold (1916); LOJACONO, Aspetti privatistici del fenomeno monetario (1955); LÜTGE, Einführung in die Lehre vom Gelde (2. Aufl 1948); LUKAS, Aufgaben des Geldes (1937); LUTZ, Geld und Währung. Gesammelte Abhandlungen (1962); VON MISES, Theorie des Geldes und der Umlaufmittel (2. Aufl 1924); HERO MOELLER, Die Lehre vom Gelde (1925); HANS MÖLLER, Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark (1961); MOLL, Logik des Geldes (4. Aufl 1956); MUNDELL, Monetary Theory (1971); NEUMAYER, Internationales Verwaltungsrecht III/2 (1930); NEWLYN, Theory of Money (3. Aufl Oxford 1978); NIEHANS, The Theory of Money (Baltimore 1978); ders., Theorie des Geldes (1980); OLIVECRONA, The problem of the monetary unit (1957); OTTEL, Ständische Theorie des Geldes (1934); PATINKIN, Money, Interest and Prices (2. Aufl 1965); PRATHER, Money and Banking (9. ed Homewood/Ill 1974); READINGS in Monetary Theory, Selected by a Committee of the American Economic Association (London 1952/1962); RITTER-SILBER, Money (3. ed New York 1977); ROBERTSON, Money (Aufl 1959); ders., Das Geld (2. Aufl 1935); RUGINA, Geldtypen und Geldordnungen (1949); SCHAECHLIN, Das Geld als ökonomische und juristische Kategorie (1949); SCHILCHER, Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung (1958); BERNHARD SCHMITT, Die Theorie des Kreditgeldes und ihre Anforderungen im internationalen Geldverkehr (1978); SCHMÖLDERS, Einführung in die Geld- und Finanzpsychologie (1975); SEUSS, Alles über Geld (1973); SIMMEL, Philosophie des Geldes (2. Aufl 1907; 6. Aufl 1958); SINGER, Das Geld als Zeichen (1920); SLOVIN-SUSHKA, Money and economic Activity (Lexington/Mass 1977); PAUL F SMITH, Money and financial intermediation (Englewood Cliffs 1978); SODES, Geld und Wert (2. Aufl 1924); VON STEBUT, Geld als Zahlungsmittel und Rechtsbegriff, Jura 1982, 561; STUCKEN, Geld und Kredit (2. Aufl 1957); THYVISEN, Sind Bankguthaben Geld im Rechtssinne? BB 1971, 1304; TIEMANN, Die Geldschuld, Diss Marburg 1932; VEIT, Reale Theorie des Geldes (1966); WAGEMANN, Allgemeine Geldlehre I (1923); ADOLPH WAGNER, Theoretische Sozialökonomik II/2, Sozialökonomische Theorie des Geldes und Geldwesens (1909); WALKER, Das Buchgeld (1951); WALRAS, Theorie des Geldes (1922); WICKSELL, Vorlesungen über Nationalökonomie II, Geld und Kredit (1922); WIESER, Stichwort „Geld“, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften (4. Aufl 1927); WILCZYNSKI, Comparative monetary Economics (New York 1978); ZOTTMANN, Geld und Kredit (9.-11. Tsd 1974).

1. Geld und Geldfunktionen

A 1

a) Der Geldbegriff als Methodenproblem

aa) Die Analyse des Geldes und der Geldfunktion ist zunächst ein **Problem der interdisziplinären Kooperation**. Das ökonomische Schrifttum zur Lehre vom Geld ist unübersehbar. Wenn es im folgenden um Geld und Geldschuld *im Rechtssinne* und um die *rechtlichen* Probleme von Geld und Geldschuld geht, so stellt sich alsbald die Frage, in welchem Umfang wirtschaftswissenschaftliche Begriffe und Aussagen zu befragen sind. Das Problem der Zusammenarbeit von **Wirtschaftswissenschaft und Rechtswissenschaft** erwies sich bereits im 19. Jahrhundert als Kernfrage im Methodenstreit um das Geldrecht (vgl zu den Standpunkten von SAVIGNY und HARTMANN die Analyse von KIEFNER 42 f). Dieses Problem kann hier nicht allgemein entwickelt werden*. Festzuhalten bleibt folgender Standpunkt: Der Geldbegriff so, wie er hier

* Vgl dazu etwa: Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zur Rechtswissenschaft, Soziologie und Statistik, Schriften des Vereins für Socialpolitik NF 33, 1964; BUCHANAN, Das Verhältnis der Wirtschaftswissenschaft zu ihren Nachbardisziplinen, in: JOCHIMSEN-KNOBEL (Hrsg), Gegenstand und Methoden der Nationalökonomie (1971) 88; RINCK, Wirtschaftswissenschaftliche Begriffe in Rechtsnormen, in: Recht im Wandel, FS 150 Jahre Carl Heymanns Verlag (1965) 361; STAMMLER,

verwendet werden soll, kann nur ein *Rechtsbegriff* sein, dh ein Begriff, der rechtliche Aussagen über Geld und Geldschuld ermöglicht. Aber als deskriptiver Begriff muß der Geldbegriff der Welt der Tatsachen entlehnt, kann also nicht ohne Bezug zur Rechtswirklichkeit entwickelt werden. Daraus folgt zunächst, daß auch der juristische Geldbegriff nicht ohne Berücksichtigung wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse formuliert werden kann. Mit der im wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttum hM soll daher der Geldbegriff aus den **Geldfunktionen** entwickelt werden (Vorbem A 10). Dabei erweist es sich als notwendig, diese Funktionen nach Kräften am Ist-Befund zu messen, den Geldbegriff also von Sollenssätzen nach Kräften freizuhalten. Unbrauchbar, weil nur iS eines Sollenssatzes, nicht einer beschreibenden Definition zu begreifen (S 6 ff, 72, 218), ist zB die Begriffsbestimmung bei FRAUENFELDER 218: „Das Geld (im Rechtssinn) ist das in einer zwingenden Norm zu bestimmende teilbare, absatzfähige (allgemein begehrte), in seiner durchschnittlichen Kaufkraft (zum mindesten relativ) beständige allgemeine subsidiäre Exekutionsmittel des Privatrechts, dh der Rechtsordnung mit Vertragsfreiheit und Privateigentum.“ Die Rücksichtnahme auf ökonomische Befunde zwingt aber auf der anderen Seite nicht zu einer Einheitsterminologie. Eine Identität des Begriffes Geld in den wissenschaftlichen Disziplinen ist allenfalls wünschenswert, keineswegs aber zwingend geboten. Ob zwischen einem ökonomischen und einem juristischen Geldbegriff unterschieden werden darf, ist str (bejahend STAUDINGER-WEBER 11. Aufl Vorbem 2 f zu §§ 244, 245; vgl auch bes HELFFERICH 257 ff, 320 ff; MARTIN WOLFF in Ehrenbergs Hdb IV/1 563 ff, 573 ff; verneinend SIMITIS AcP 159 [1960] 418). Da Begriffe – Rechtsbegriffe zumal – Abkürzungen für sachliche Aussagen darstellen, kann eine unterschiedliche Terminologie in den Fachdisziplinen durchaus sachgerecht sein. Die im folgenden verwendete Terminologie nimmt deshalb Gültigkeit nur für das Recht des Geldes in Anspruch. Mit der terminologisch „richtigen“ (dh zweckmäßigen, sachgerechten) Nomenklatur der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung kann sich die hier verwendete Begrifflichkeit decken, aber sie muß sich mit ihr nicht decken.

- A 2 **bb)** Das **Verhältnis der Rechtsordnung zum Geld** gehört zu den theoretischen *Grundproblemen* der Lehre vom Geld und von der Geldschuld. Doch sollte diese Lehre vor Fehleinschätzungen des Problems bewahrt werden, die bisweilen schon im Ausgangspunkt zu schiefen Fragestellungen führen. Unrichtig gestellt ist zunächst die Frage, ob Geld eine wirtschaftliche oder eine rechtliche Erscheinung ist; es ist das eine und das andere zugleich (GERBER 57). Geld als rechtliches Phänomen beruht auf der Anerkennung durch die Rechtsordnung und ist in diesem Sinne Erzeugnis der Rechtsordnung (GOLDSCHMIDT, Hdb I/2 1069 ff; LABAND, Das Staatsrecht des Dt Reiches III [5. Aufl 1913] 170; NUSSBAUM, Das Geld 17; MARTIN WOLFF in Ehrenbergs Hdb IV/1, 575; vgl auch GERBER 59). Der Streit, ob das Geld ein Geschöpf der Rechtsordnung ist (KNAPP 3) oder ob es seinem Ursprung nach eine volkswirtschaftliche Institution ist (so zB HELFFERICH 320; LÜTGE 15 f) darf nicht in die Irre leiten (dies ist erkannt bei ELSTER 71 ff; FORSTMANN 29 f). Es geht bei diesem Streit um das komplexe Verhältnis zwischen der Rechtsordnung und der Welt der Tatsachen, nicht um ein tatsachengetreues Bild von der Entstehung des Geldes. Niemand –

Wirtschaft und Recht (5. Aufl 1924); zum Standpunkt des Verf vgl RAISCH-KARSTEN SCHMIDT, Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaften, in: DIETER GRIMM (Hrsg), Rechtswissenschaft und Nachbarwissenschaften I (1973 = 2. unv Aufl 1976) 143 ff; speziell zum Recht des Geldes vgl etwa: FRAUENFELDER, Das Geld als allgemeiner Rechtsbegriff (1938) 22 ff; GERBER, Geld und Staat (1926) 17 ff; GÜNTER, Zur volkswirtschaftlichen Problematik der Indexklauseln bei Inflation, in: HORN-TIETZ (Hrsg), Sozialwissenschaften im Studium des Rechts I (1977) 41; VON MAYDELL, Geld und Währung, in: HORN-TIETZ (Hrsg), ebd, 31.

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

auch nicht KNAPP! – hat je geleugnet, daß tatsächlicher Gebrauch zur Entstehung des Geldes geführt hat; aber niemand sollte leugnen, daß nicht schon die Einbürgerung einer fungiblen Werteinheit (etwa der „Zigarettenwährung“ nach dem Zweiten Weltkrieg!), sondern nur deren Anerkennung durch die Rechtsordnung dieser Werteinheit diejenigen Eigenschaften verleiht, die sie im Rechtssinne zu Geld werden lassen. Es ist deshalb keineswegs widersprüchlich oder auch nur überraschend, wenn das Geld, je nach dem Blickwinkel, einmal als Produkt des Wirtschaftslebens, dann wieder als Geschöpf der Rechtsordnung erscheint (vgl hierzu MOLL, Logik des Geldes 21 f). Dies ist auch kein Grund zu der Folgerung, Geld sei also weder das eine noch das andere (überzeugend SIMITIS AcP 159 [1960] 417 Fn 52). *Vielmehr bleibt festzuhalten*: Der ökonomische Begriff des Geldes – wenn es ihn als Einheitsbegriff gibt – kann von der Anerkennung durch die Rechtsordnung abhängig sein; der *Rechtsbegriff* Geld muß von der Anerkennung durch die Rechtsordnung abhängig sein.

cc) Hieran anknüpfend stellt sich die **Frage nach der maßgeblichen Rechtsquelle**, also die Frage nach dem **Verhältnis zwischen Geld und Gesetzgebung**. Das Problem ist ein solches der Rechtsetzungsbefugnis und deshalb nur theoretisch streng von der Frage zu trennen, ob das Geld als Produkt des Wirtschaftslebens stets auch schon Geld im Rechtssinne ist. Um ein theoretisches – diesmal politisches – Grundlagenproblem des Geldrechts handelt es sich auch hier. Während die einen dem *staatlichen Gesetzgeber* allein die Befugnis zusprechen, über die Entstehung von Geld zu entscheiden (zB RGZ 96, 262, 265 = JW 1920, 43 f; KNAPP 1 ff, 19; F A MANN, Recht des Geldes 10; MARTIN WOLFF in Ehrenbergs Hdb IV/1 575), gibt nach den anderen die *tatsächliche Übung* den Ausschlag (in dieser Richtung SAVIGNY, Obligationenrecht I 408; NUSSBAUM, Das Geld 14 f). Diesem Streit sollte nur noch historische sowie rechtspolitische Bedeutung beigemessen werden (über die Bedeutung von SAVIGNYS Abneigung gegen hoheitliche Eingriffe in private Rechtsverhältnisse für die Geldschuldlehre vgl KIEFNER 37 f). Für das geltende Recht steht außer Zweifel, daß eine **Währungshoheit** dem Staat allein das Privileg einräumt, die Geldeigenschaft von Wertzeichen festzulegen und diese Zeichen in Umlauf zu setzen (HELFFERICH 385 ff; LABAND aaO [Vorbem A 2] 170 f, 173; REINHARDT, FS Boehmer [1954] 68; eingehend F A MANN, Legal Aspect 9 ff; ders, Recht des Geldes 10 ff; vgl aber SIMITIS AcP 159 [1960] 423 mwN). Auch Art 73 Nr 4 GG (dazu Vorbem A 43) geht von dieser ausschließlichen Befugnis des Staates aus (in diesem Sinne auch STAUDINGER-DILCHER § 91 Rz 8; eingehend zur Währungshoheit HALL, Rechtsprobleme der Währungsparitätsfestsetzung, Diss Kiel 1969, 48 ff). Wenn demgegenüber ENNECCERUS-NIPPERDEY (§ 123 I) und ERNST WOLF (Schuldrecht I § 4 D II b) heute noch zwischen staatlichem Geld und Verkehrsgeld unterscheiden, so beruht dies auf unzureichender Trennung des Geldes von der Ware. Geld ist nach ERNST WOLF staatliches Geld, wenn der Tauschwert ein aufgedruckter oder aufgeprägter Tauschwert in einer staatlichen Währung ist. Von usuellem Geld oder Verkehrsgeld spricht ERNST WOLF bei solchen vertretbaren Sachen, deren Verkehrswert darauf beruht, daß sie in einem Gebiet üblicherweise zur Erfüllung von Geldschulden geleistet und angenommen werden. Zum Verkehrsgeld rechnet ERNST WOLF sowohl das Warengeld, das als Ersatzgeld in Zeiten des Währungsverfalls an die Stelle der staatlichen Währung tritt (Roggenwährung, Zigarettenwährung etc), als auch ausländisches Geld, das in einem Gebiet kursiert, in dem die ausländische Währung nicht gilt. Ein solcher Geldbegriff ist gewiß weder logisch noch ökonomisch ein Unding. Er entspricht aber nicht dem gerade von ERNST WOLF betonten *Rechtsbegriff* Geld. Dieser ist an der nominalistischen Funktion des staatlichen Geldes orientiert. Er erfaßt daher sowohl inländisches als auch ausländisches Geld, immer jedoch nur Geld mit rechtsverbindlich bestimmtem Nennwert. Geld iS der hier verwendeten Terminologie ist also stets staatliches

Geld, wenn auch nicht stets iS des Wortgebrauchs von ERNST WOLF, denn es verliert diese Eigenschaft nicht dadurch, daß Geldzeichen auch außerhalb des eigenen Währungsgebietes kursieren. Damit ist die Frage nach dem Verhältnis zur „Staatlichen Theorie des Geldes“ gestellt.

Die von dem Wirtschaftswissenschaftler KNAPP entwickelte, in den Wirtschaftswissenschaften von Anbeginn umstrittene und heute überwiegend abgelehnte **Staatliche Theorie des Geldes** (Vorbem A 8, D 2) hat im rechtswissenschaftlichen Schrifttum nicht zuletzt deshalb so viel Gefolgschaft gefunden, weil sie den Geldbegriff konsequent auf das staatliche Geld beschränkt und die *ausschließliche Befugnis des Staates zur Schaffung von Geld* festgeschrieben hat. Darin liegt die Beschränkung, aber auch das Verdienst der Staatlichen Theorie, die von F A MANN (Recht des Geldes 10 f) auf die plausible Formel gebracht wird: „Nur diejenigen beweglichen Sachen sind Geld, denen vom Recht, dh vom Staate oder auf Grund einer staatlichen Ermächtigung, Geldcharakter verliehen wird.“ In diesem Sinn und mit dieser Beschränkung ist der Staatlichen Theorie des Geldes terminologisch und sachlich zu folgen. Zwar hat SIMITIS dazu aufgerufen, die staatliche Theorie des Geldes als Grundlage und Rechtfertigung des (scl: Gesetzes-) Positivismus in der Geldlehre abzulehnen, denn nur die Berücksichtigung der für das Geld entscheidenden wirtschaftlichen Zusammenhänge mache es möglich, „staatlichen Willkürakten auf monetärem Gebiete rechtzeitig einen Riegel vorzuschieben“. Man sollte aber zwei Dinge nicht miteinander verwechseln: das Währungsmonopol des Staates, also des staatlichen Gesetzgebers, und das Legitimationsproblem bei der Ausübung dieser Währungshoheit. KNAPP 19 erklärt, nachdem er das Geld zum Geschöpf der Rechtsordnung erklärt hat, die Bestimmung der Zahlungsmittel zu einem freien Akt der Staatsgewalt. Diese währungsrechtliche Staatswillkür in öffentlichrechtlicher und ihre unbedingte Verbindlichkeit für das Recht der Geldschuld in privatrechtlicher Hinsicht konnte von KNAPPS Staatlicher Theorie des Geldes nicht bewiesen werden. Denn charakteristisch für den rechtspositivistischen Ansatz von KNAPPS Theorie ist ihre rechtspolitische Blindheit, ihre „freiwillige Selbstbeschränkung“ (BENDIXEN, in SINGER [Hrsg], Knapp-Bendixen. Zur Staatlichen Theorie des Geldes. Ein Briefwechsel [1958] 151). Die Staatliche Theorie des Geldes ist viel zu eng angelegt, um dem Rechtsanwender das Nachdenken über Geldfunktion und Geldwert abzuschneiden (Vorbem A 8, D 2). *Die Staatliche Theorie des Geldes sollte deshalb in ihre Schranken gewiesen, nicht jedoch generell abgelehnt werden.* Auch der Hinweis auf die Bedeutung des Buchgeldes vermag die Lehre vom Geldschöpfungsmonopol des Staates nicht zu widerlegen (so aber SIMITIS AcP 159 [1960] 423 ff). Richtig ist zwar, daß mit der Existenz von Buchgeld die Möglichkeit privater Kreditschöpfung einhergeht (ausführlich FORSTMANN 93 ff; SCHILCHER 103–204) und daß solches „Kreditgeld“ nicht auf staatlicher Deklaration beruht, sondern von der Barliquidität und dem ökonomischen Kalkül der Kreditnachfrager abhängt (FORSTMANN 92; SCHILCHER 105). Die Schaffung von Buchgeld ist indes qualitativ nicht dasselbe wie die Schaffung staatlichen Geldes, und zwar weder ökonomisch noch juristisch. Das Währungssystem schafft die Rahmenbedingungen für die Kreditschöpfung. Es hat zu verhindern, daß die private Kreditschöpfung als „Willkürkreditgeld“ (FORSTMANN 95; LÜTGE 83 ff; der Umgang mit dem Begriff „Willkürgeld“ ist uneinheitlich!) inflationäre Prozesse in Gang setzt. Einen Gesetzesvorbehalt für die Schaffung von Kreditgeld kann die Währungshoheit des Staates nicht zum Inhalt haben. Sie braucht ihn auch nicht zum Inhalt zu haben. Folglich läßt auch das Fehlen eines solchen Gesetzesvorbehalts keinen Schluß gegen die Währungshoheit des Staates zu.

- A 4 dd) Ob der **Rechtsbegriff Geld** ein solcher des **öffentlichen** Rechts ist (GERBER 59 ff, 72 ff) oder ein solcher des **privaten** Rechts (JUNG, Das privatrechtliche Wesen des Geldes, passim; wohl auch ERNST WOLF, Schuldrecht I § 4 D II a mit Fn 60), ist eine

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

Frage, die heute in diese Form nicht mehr gestellt werden sollte (FÖGEN 6; in diesem Punkt zutreffend bereits FRAUENFELDER 74 ff, der aber ebd 190 ff den Geldbegriff, gleichfalls unbefriedigend, als „öffentlich-rechtlichen Begriff im Privatrecht“ einordnet). Wenn GERBER 67 diese Frage auf die Überlegung stützte, ob Geld seinem Wesen nach ein Stück private oder öffentliche Wirtschaft und demnach (!) als rechtliche Erscheinung dem privaten oder dem öffentlichen Recht zuzuordnen sei, dann gab er den technischen Begriffen Privatrecht und öffentliches Recht einen ihnen nicht zukommenden Inhalt. Denn der Geldbegriff ist, wenngleich als Rechtsbegriff normativ determiniert, kein Spezifikum bestimmter Normen. Er tritt als Vorfrage bei der Anwendung sowohl privatrechtlicher als auch öffentlichrechtlicher Rechtsnormen in Erscheinung.

b) Geldbegriff und Geschichte des Geldes

A 5

Schrifttum (Auswahl): BORN, Geldtheorie und Geldpolitik II: Geldgeschichte, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft III (1981) 360; DUDEN, Der Gestaltwandel des Geldes und seine rechtlichen Folgen (1968); EINZIG, Primitive Money (London 1948); GERLOFF, Die Entstehung des Geldes (3. Aufl 1947); ders, Geld und Gesellschaft (1952) 30 ff; GOLDSCHMIDT, Hdb des Handelsrechts I/2 (1868) 1060 ff; HUGO J HAHN, Währungsrecht und Gestaltwandel des Geldes, FS Zweigert (1981) 625; HELFFERICH, Das Geld (6. Aufl 1928) 1–78; HÜTTER, Savignys Geldlehre, Diss Münster 1970; KIEFNER, Geld und Geldschuld in der Privatrechtsdogmatik des 19. Jahrhunderts, in: COING-WILHELM (Hrsg), Wissenschaft und Kodifikation des Privatrechts im 19. Jahrhundert, Bd V (Geld und Banken) (1980) 27; KNIES 1 ff; LAUM, Heiliges Geld (1924); LÜTGE, Einführung in die Lehre vom Gelde (2. Aufl 1948) 22 ff; GUSTAV MAIER, Das Geld und sein Gebrauch (1913) 3 ff; DEL MAR, History of Monetary Systems (1895; Nachdruck 1969); NAU, Epochen der Geldgeschichte (1972); HUGO RITTER, Der Mensch und das Geld (1952); RITTMANN, Deutsche Geldgeschichte 1484–1914 (1975); RUGINA, Geldtypen und Geldordnungen (1949) 60 ff; SAVIGNY, Obligationenrecht I (1851) 408 ff; SCHMÖLDERS, Geldpolitik (2. Aufl 1968) § 3; SCHMOLLER, Über die Ausbildung einer richtigen Scheidemünzpolitik vom 14.–19. Jahrhundert, Schmollers Jahrb XXIV (1900) 1247; BRUNO SCHULTZ, Kleine dt Geldgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts (1976); SCHUMPETER, Das Wesen des Geldes (1970) Kap III = S 40 ff; SIMMEL, Philosophie des Geldes (2. Aufl 1907) 129 ff; VEIT, Reale Theorie des Geldes (1966) 22 ff; ROLF H WEBER, Das Geld in einem sich wandelnden Vermögensrecht, ZfSchweizR 100 (1981) 165; WIRTH, Das Geld. Geschichte der Umlaufmittel von der ältesten Zeit bis in die Gegenwart (1884).

aa) Die Geschichte des Geldes ist zuerst Gegenstand nationalökonomischer Betrachtung. Die nachfolgenden Bemerkungen beschränken sich auf den für die privatrechtliche Analyse entscheidenden Aspekt: auf die *von der Ware zur Abstraktion* führende Entwicklung des Geldes. Der Ursprung des Geldes wird im Entstehen einer arbeitsteiligen Tauschwirtschaft erblickt. Zu einer Handelswirtschaft konnte diese Tauschwirtschaft nur dadurch werden, daß bestimmte Waren – sie mußten allgemein gebraucht, zählbar, nach Möglichkeit auch kostbar und vor raschem Verderben geschützt sein – zu überindividuell anerkannten Tauschmitteln wurden (zum Warengeld vgl LÜTGE 23 ff; über Frühformen des Geldes vgl eingehend GERLOFF, Entstehung 87 ff; noch FICHTE schlug Ledergeld als Währung des geschlossenen Handelsstaats vor). Von hierher führte der Weg zu den Edelmetallen als Tauschmitteln (zum Verhältnis zwischen Substanzwert, Gebrauchswert und Nachfrage vgl VERR 23 f) und dann weiter zum Münzwesen, zunächst vor allem im griechischen und orientalischen, auch fernöstlichen Kulturraum (GERLOFF, Entstehung 78 ff). Mit der Entwicklung des Münzwesens ging eine zunehmende Einflußnahme der Staatsgewalt auf die Entstehung von Geld und die Ordnung des Geldwesens einher (Münzregal). Die Geschichte des sog Münzregals seit dem klassischen Altertum ist Spiegelbild der politischen Geschichte, insbes des Aufbaus und Verfalls, der Zentralisierung und Zersplitterung staatlicher Gewalt. Geldtheoretisch war die neuzeitliche Phase des Geld- und Münzwesens zunächst von der sog metallistischen Theorie geprägt. Die

Münzhoheit des Staates wurde jahrhundertlang nur als ein Befugnis zu verbindlicher Festlegung des realen Metallwerts begriffen (Münze als beglaubigter Barren; vgl. GOLDSCHMIDT Hdb I/2 1093 ff mwN, 1177). Diese Deutung mußte allerdings schon im Hinblick auf Schwankungen und Imponderabilien im Wertverhältnis unter den verschiedenen Edelmetallen Theorie bleiben (vgl. dazu besonders HELFFERICH 52 ff). Das Streben nach einem einheitlichen Geldsystem führte bei Festhalten am metallistischen Grundsatz teils zum *System der Goldwährung* (dazu GOLDSCHMIDT Hdb I/2 1191; HELFFERICH 58 ff; G MAIER 11); teils aber führte dieses Streben die Praxis und Theorie des Geldwesens auch auf eine neue Abstraktionsstufe: zur *Trennung des Geldwerts vom Substanzwert der Geldzeichen* (historisches Material bei GOLDSCHMIDT Hdb I/2 1185 ff). Die Loslösung von der metallistischen Grundlage des Geldwesens ließ seit dem 18. Jahrhundert Scheidemünzen und Papiergeld – dieses zunächst vielfach noch in Gestalt verzinslicher oder unverzinslicher Wertpapiere – entstehen. Diese Geldschöpfungsmethode galt zunächst als unseriös (charakteristisch der Zusammenbruch der Papiergeldfinanzierung durch JOHN LAW in Frankreich; als Reaktion hierauf versteht sich wohl GOETHE, Faust II, 1. Akt 4. Szene, Lustgarten). Sie wurde auch von zeitgenössischen Staatswissenschaftlern skeptisch beurteilt (vgl. auch noch GOLDSCHMIDT Hdb I/2 1207) und führte teilweise zu beträchtlichem Währungsverfall (vgl. näher HELFFERICH 64 ff; G MAIER 7 f). Diese Probleme sind indes Fragen der ökonomischen Grenzen der Geldschöpfung, nicht dagegen Probleme des Geldbegriffs. Sie haben die Fortentwicklung des Geldbegriffs vom Warencharakter des Geldes zur abstrakten Rechengröße nicht aufhalten können. Zu den Konsequenzen für die Lehre vom Geldwert vgl. Vorbem D 7.

- A 6 bb) Der Prozeß der Entsubstantialisierung**, also der Weg vom Warengeld zur abstrakten Geldfunktion, ist charakteristisch für die historische Entwicklung des Geldes. Ob eine echte Entsubstantialisierung vorliegt oder vielmehr ein Sinnwandel der Geldsubstanz, ist eine rein terminologische Frage. GEBHART und im Anschluß an ihn SCHMÖLDERS haben die entwicklungsgeschichtlichen Stufen folgendermaßen bezeichnet: „magisch-mythisch bedingte Geldsubstanz“ (I), „stoffwertbedingte Geldsubstanz“ (II), „funktionsbedingte Geldsubstanz“ (III), wobei die letzte neben dem Papiergeld auch das Buchgeld umfaßt. Sieht man als die Substanz das einzelne Geldzeichen an, so scheint der Begriff „funktionsbedingte Geldsubstanz“ unglücklich, der Begriff „Entsubstantialisierung“ treffender. Der Sinnwandel führt von der Substanz des Geldzeichens weg zu seiner abstrakten Funktion. SIMMEL 136 konstatiert, mit dem steigenden Bedürfnis nach Tauschmitteln und Wertmaßstäben werde das Geld „immer mehr aus einem Gliede von Wertgleichungen zu einem Ausdruck derselben, und insofern von dem Werte seines Substrats immer unabhängiger“. Die ökonomische Erklärung dieses Prozesses der Entsubstantialisierung des Geldes wird in dem Bedürfnis nach Senkung der Transaktionskosten gesehen (CLAASSEN [vor Vorbem A 1] 61 ff; in gleicher Richtung bereits GOLDSCHMIDT Hdb I/2 1185 ff).

Terminologisch wurde diese Entwicklung erst allmählich nachvollzogen. Das 18. Jahrhundert sieht Banknoten noch als Geldsurrogat an und definiert das Geld nach seinem Substanzwert. KANT etwa verlangt noch, der Nominalwert des Geldes müsse durch den Fleiß, den die Hervorbringung der Sache Geld gekostet habe, gedeckt sein (Metaphysik der Sitten § 31 I). „Denn wäre es leichter, den Stoff, der Geld heißt, als die Ware anzuschaffen, so käme mehr Geld zu Markte, als Ware feil steht. . . . Daher können Banknoten und Assignaten nicht für Geld angesehen werden.“ SAVIGNY (Obligationenrecht I 413) unterscheidet noch zwischen dem aus Silber und Gold bestehenden „wirklichen Geld“ und dem Papiergeld und den Scheidemünzen als bloßem „Zeichengeld“. Spätestens seit KNAPPS „Chartalismus“ (im Gegensatz zum „Metallismus“) dürfte aber feststehen, daß die modernen Geldzeichen nicht Schuldscheine und nicht bloß Geldersatz sind (KNAPP [vor Vor-

1. Titel. Verpflichtung zur Leistung

bem A 1] 41; insoweit grundlegend bereits HARTMANN [vor Vorbem A 1] 59). Mit Recht bezeichnet es KNAPP 41 als „völlig verkehrt, im echten Papiergeld keine wirkliche Zahlung zu sehen; sie ist nicht stofflich.“ Geld im Rechtssinne ist nicht deshalb bloß „Geldsurrogat“ oder „uneigentliches Geld“, weil es in Form von Papiergeld oder Scheidemünzen ausgegeben und deshalb durch seinen Metallwert nicht gedeckt ist (MARTIN WOLFF in Ehrenbergs Hdb IV/1 566 mwN). Die definitive *Loslösung der Papiergeldwährung vom Goldwert* ließ das Geld einen neuen Abstraktionsgrad gewinnen: Es war nur mehr die *reine Verkörperung der Geldfunktion* (HELFFERICH 78). Eine weitere – vorläufig letzte – Abstraktionsstufe erreichte das Geld durch das Vordringen von Buchgeld (dazu mwN etwa DUDEN 6 f; PULVERMÜLLER, Rechtsnatur und Behandlung des privatrechtlichen Geldanspruches, Diss Würzburg 1974, 13 ff; HUGO J HAHN, FS Zweigert [1981] 631, 634; ISELE AcP 129 [1928] 134; SIMTIS AcP 159 [1960] 423; ROLF H WEBER ZfSchweizR 100 [1981] 168 f; zur Erfüllung der Geldschuld mittels *Buchgeld* vgl Vorbem C 39 ff). Die Folgerichtigkeit dieser Entwicklung wird etwa deutlich, wenn SIMTIS sagt: „Was die Banknote in der Vergangenheit gegenüber der Münze war, das ist heute das Buchgeld gegenüber dem Sachgeld.“ Auch die terminologischen Probleme jener früheren Entwicklungsstufe kehren in neuem Gewand wieder. Bereits KNAPP 139 hat dargelegt, daß die girale Zahlung Zahlung, daß also auch Buchgeld Geld sein kann: Zu den (metallistischen) „pensatorischen“ und den (nominalistischen) „chartalen“ Zahlungsmitteln komme nunmehr das „girale“ hinzu. Diese partielle Funktionsgleichheit muß auch in der rechtlichen Lehre vom Geld Berücksichtigung finden, ohne daß freilich der unleugbare Unterschied zwischen den Geldzeichen und dem Buchgeld terminologisch eingegeben werden sollte. Der gegenständliche Geldbegriff ist deshalb nicht auf das Buchgeld zu erstrecken (Vorbem A 18).

c) Funktionen des Geldes

A 7

Schrifttum (vgl zunächst vor Vorbem A 1, A 5): BLOCK, Die Marx'sche Geldtheorie (1926); ELSTER (vor Vorbem A 1) 88 ff; FORSTMANN (vor Vorbem A 1) 38 ff; FRAUENFELDER (vor Vorbem A 1) 131 ff; FRITSCH, Die Geld- und Kredittheorie von Karl Marx (1968); GERLOFF, Geld und Gesellschaft (1952) 98 ff; GOLDSCHMIDT, Hdb des Handelsrechts I/2 (1868) 1060 ff; HELFFERICH 283 ff; ISSING, Einführung in die Geldtheorie (4. Aufl 1981); KERSCHAGL, Das Geld von heute (1949); KNIES 84 ff; LIEFMANN (vor Vorbem A 1) 85 ff; LUKAS, Aufgaben des Geldes (1937); VON MISES (vor Vorbem A 1) 1 ff; HANS MÖLLER, Geld als wirtschaftliches Gut – Ein Beitrag zu den Grundlagen der Geldtheorie, FS Neumark (1970) 637; REINHARDT, Vom Wesen des Geldes und seiner Einfügung in die Güterordnung des Privatrechts, FS Boehmer (1954); RUGINA (vor Vorbem A 1) 18 ff; SCHILCHER, Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung (1958 = 2. unv Aufl 1973); SCHMÖLDERS, Geldpolitik (2. Aufl 1968) § 4; VEIT 51 ff; WAGEMANN (vor Vorbem A 1) 99 ff; WOLFF in Ehrenbergs Hdb IV/1 564 ff.

aa) Die Begriffsbestimmung des Geldes von den Geldfunktionen her hat sich in den ökonomischen Wissenschaften durchgesetzt (vgl statt vieler ISSING, Geldtheorie 1). Geld ist Träger von Geldfunktionen (SCHILCHER 16), oder – populär gewendet: „Money is what money does“. Die Geldfunktionenlehre als tauglicher Ansatz wird überwiegend anerkannt (vgl nur SIMMEL [Vorbem A 5] 116 ff, 151 f; HELFFERICH 259; KERSCHAGL 21; SCHILCHER 14 f in Auseinandersetzung mit OLIVECRONA; ROLF H WEBER in Berner Komm Art 84 Rz 11 ff; SIMTIS AcP 159 [1960] 416 f unter Berufung auf HAWTREY). Nur vereinzelt wird die Fruchtbarkeit dieses Gedankens bestritten (zB ERNST WOLF, Schuldrecht I, § 4 D Fn 55; WAGEMANN 101). Durch seine Funktion unterscheidet sich das **Geld** zunächst von der **Ware**. Geld ist zwar, da es Tauschmittel und notwendiger Bestandteil einer Wirtschaftsordnung ist, die die Güter zueinander in meßbare Beziehungen setzt, Äquivalent von Gütern und damit selbst ein Gut (SCHILCHER 24 ff; OTTEL [vor Vorbem A 1] 24; SIMTIS AcP 159 [1960] 413 f; HANS MÖLLER, FS Neumark [1970] 638). Aber Geld – auch das einzelne Geldzeichen – ist

nicht Ware, sondern Zahlungsmittel (vgl dagegen noch zur Einordnung des Geldes bei ADAM SMITH und bei RICARDO: WAGEMANN 19 ff). Werden Geldzeichen – etwa wegen ihres Metallwerts – im Einzelfall zum Gegenstand des Warenhandels, so ist der Bereich des Geldrechts und der Geldschuld verlassen (vgl auch Vorbem C 4 ff). Das Geld wird dann nicht in der ihm eigenen Funktion verwendet. Wo aber Geld nicht als Geld funktioniert, ist es nicht mehr Gegenstand geldrechtlicher Betrachtung. Ob es überhaupt noch Geld im Rechtssinne ist, ist dann privatrechtlich ohne Belang (Vorbem B 13; zum Strafrecht vgl Vorbem A 13 [eee] und B 4).

- A 8 bb)** Die Schwierigkeit der Geldfunktionenlehre besteht einmal darin, daß die in den Wirtschaftswissenschaften entwickelten **Kataloge der Geldfunktionen** – teils rein terminologisch, teils aufgrund unterschiedlicher Fragestellungen – voneinander divergieren (Überblick bei SCHILCHER 36–90; krit VON MISES 7 f); zum anderen hat man zwar über einen mehr oder weniger vollständigen Funktionenkatalog weitgehende Einigkeit erzielt, nicht aber darüber, welches *die primären, dh für den Geldbegriff ausschlaggebenden Geldfunktionen* sind (SCHILCHER 90). Klarheit gewinnt nur, wer die Funktionsbestimmung von der konkreten, hier also (privat)rechtlichen Aufgabe her angeht. Die politischen Implikationen der Geldfunktion etwa sind hier ohne Interesse (vgl etwa zur marxistischen Geldtheorie WAGEMANN 24 f; BLOCK, Die Marx'sche Geldtheorie [1926]). Der juristischen Analyse kann nur eine Einteilung dienen, die möglichst umfassend und doch zugleich einfach genug ist, um einerseits ohne Widerspruch zu ökonomischen Befunden, andererseits aber ohne ökonomischen Ballast mit ihr zu operieren. Die umfangreichen, von Autor zu Autor wechselnden Kataloge der Geldfunktionen lenken von einheitlichen Grundgedanken vielfach ab (vorbildlich im Bemühen, das Grundsätzliche herauszuarbeiten, dagegen MARTIN WOLFF in EhrenbergsHdB IV/1 564 ff). Den zahlreichen tatsächlichen Funktionen sind Hauptfunktionen überzuordnen (LÜTGE 31). Im Anschluß an FORSTMANN 53 und VEIT 51 ff sollte unterschieden werden zwischen den *abstrakten* und den *konkreten Funktionen*. Die **abstrakten Funktionen** konzentrieren sich auf die *Wertmessereigenschaft* des Geldes, die **konkreten Funktionen** auf die Fähigkeit des Geldes, *Werttransportmittel* und *Wertaufbewahrungsmittel* zu sein. Diese Funktionen als Recheneinheit (abstrakt) und als Tauschmittel (konkret) stehen zwar in innerem Zusammenhang miteinander, sind aber doch klar voneinander zu trennen (vgl VEIT 51 ff). Bei dieser Zweiteilung sollte es bleiben. Die weiteren gebräuchlichen Differenzierungen führen über sie nicht hinaus. Ein Teil der ökonomischen Funktionen ist in den abstrakten Funktionen enthalten, so etwa die Funktion als Wertausdrucksmittel, als Kostenausdrucksmittel, als Kostenvergleichsmittel, als Preisausdrucksmittel, als Preisvergleichsmittel; die meisten Geldfunktionen, die üblicherweise noch genannt werden, fallen unter die konkreten Funktionen, so die Aufgabe als Tauschmittel, Zahlungsmittel, Schuldentilgungsmittel, Vermittler des Kapitalverkehrs usw (ähnlich WAGNER [vor Vorbem A 1] 116 ff; LUKAS 7; FORSTMANN [vor Vorbem A 1] 58; LÜTGE 130; ähnlich auch MARTIN WOLFF in Ehrenbergs Hdb IV/1 567 ff, die allerdings unter den hier sog konkreten Funktionen die Tauschmitteleigenschaft in den Mittelpunkt stellen; aM zB SCHILCHER 41 ff mwN). Immer wieder hat man zwar einzelne Funktionen herausgestellt und in den Mittelpunkt der ökonomischen Funktionsanalyse gestellt (so etwa die Wertaufbewahrungsfunktion unter dem Eindruck von KEYNES' Liquiditätstheorie). Solche ökonomischen Akzentsetzungen ändern aber nichts an der juristischen Ergiebigkeit der Zweiteilung in die abstrakten und konkreten Funktionen. Der Sache nach ist diese Gegenüberstellung schon vor mehr als 100 Jahren selbst bei so unterschiedlichen Autoren wie SAVIGNY und LEVIN GOLDSCHMIDT nachweisbar. Bei SAVIGNY (Obligationenrecht I 405) erscheint Geld zunächst in der „Funktion eines bloßen Werkzeuges zur Messung des Werthes der einzelnen Vermögensbestandtheile“, daneben aber noch „in einer zweiten und